



Deutsche Polizei

Nr. 12 Dezember 2007

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Gesundheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz

In dieser Ausgabe:

Studium/Polizeiausbildung:
Polizeiakademie Niedersachsen
startet mit akkreditiertem
Bachelor-Abschluss

Gleichstellung:

- Passen Lesben und Schwule ins Polizeibild?
- Liebe verdient Respekt

Prävention:

- Kinder brauchen Schutz –
so viel wie möglich
- Kindheit – Wiege der Persönlichkeit

Distanzmittel:

Gummigeschosse
haben ausgedient

Vorgestellt:

Peter Jäckel,
Maler und Philosoph

Seminar:

Europa verstehen
lernen

Seniorenjournal

2 KURZ BERICHTET

4 KOMMENTAR

Schläge wirken nach ...

4/5 KOLLEGEN MEINEN

Der Zeitgeist und das Waffenrecht

6 TITEL/PRÄVENTION

*Gesundheit und Wohlbefinden
am Arbeitsplatz*

**12 STUDIUM/POLIZEI-
AUSBILDUNG**

*Polizeiakademie Niedersachsen startet mit
akkreditiertem Bachelor-Abschluss*

15 GLEICHSTELLUNG

Passen Lesben und Schwule ins Polizeibild?

16 *Liebe verdient Respekt*

DP-REDAKTION 18

*Fit fürs neue Layout:
Landesredakteurstagung in Geldern*

PRÄVENTION 19

Kinder brauchen Schutz – so viel wie möglich

SEMINAR 27

Europa verstehen lernen

VORGESTELLT 28

*Maler und Philosoph – Peter Jäckel
und die Gruppe SICHT ART*

DISTANZMITTEL 29

*Neueste Entwicklung oder Gummigeschosse
haben ausgedient*

SENIORENJOURNAL 30

BÜCHER 32



**Deutsche
Polizei**

Titelbild: – Foto dpa
Gestaltung Rembert Stolzenfeld



Druckauflage dieser Ausgabe:
176.284 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

**Nr. 12 • 56. Jahrgang 2007 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
(verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: av@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiter:
Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 30
vom 1. Juni 2007

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

GDP DISKUTIERT MIT INNENPOLITIKERN:

Ermittlungsmöglichkeiten bei der Terrorismusbekämpfung

Die GdP hatte am 24. Oktober Mitglieder des Innenausschusses des Deutschen Bundestages zu einem parlamentarischen Abend eingeladen, um auch auf diesem Wege insbesondere polizeifachliche Gesichtspunkte in die kontroverse Diskussion um neue Ermittlungsmöglichkeiten zur Terrorismusbekämpfung einzubringen.

Der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg betonte in seinem Eröffnungsstatement, dass bei Vorschlägen zur Verbesserung der Inneren Sicherheit immer die Notwendigkeit begründet und die Akzeptanz in der Bevölkerung hergestellt werden müssten. Aufklärung und Akzeptanz seien die Grundlage für Veränderungen.

Für mich ist deutlich geworden, dass wir im Bereich der Überwachung von terroristischen Gefährdern an personelle und technische Kapazitätsgrenzen stoßen, für die es keine schnelle Lösung gibt. Die Politik muss die vorhandenen Ressourcen zielgerichtet einsetzen. Wir brauchen mehr wissenschaftliche Risikoanalysen und eine Evaluierung der eingesetzten Mittel. Im Bereich Terrorismus heißt Prävention Anschläge verhindern. Wir alle, Politik und Sicherheitsbehörden haben hier eine große Verantwortung.

**MdB Silke Stokar,
Innenpolitische Sprecherin der
Bundestagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**



Ausreichend Gesprächsstoff: (v. l.) Bernhard Witthaut (stellv. GdP-Bundesvorsitzender), Silke Stokar (Bündnis90/Die Grünen), Sebastian Edathy (SPD), Christian Ahrendt (FDP). Foto: tetz

Der GdP-Kollege Herbert Klein, Kriminaldirektor und Leiter des Staatsschutzes im LKA Rheinland-Pfalz schilderte konzentriert und anschaulich die Probleme, vor denen die Kolleginnen und Kollegen in der Praxis bei der Terrorismusbekämpfung stehen und machte den gesetzgeberischen Handlungsbedarf deutlich: „Gelangten die Planungen insbesondere von Selbstmordattentätern in die Tatphase, ist die Polizei häufig

machtlos. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, in der Vortatphase möglichst umfassende Erkenntnisse zu gewinnen, um einen Anschlag verhindern zu können.“ Die Überwachung der Kommunikation sei dabei ganz entscheidend. Schwierigkeiten ergeben sich angesichts der rasanten technischen Entwicklungen, verbunden mit einem erheblichen personellen Aufwand.

tetz

BADEN-WÜRTTEMBERG:

Aktionen gegen Stellenabbau

Die Kooperation der Polizeigewerkschaften hatte am 25.10.2007 in Stuttgart zu einer Protestaktion aufgerufen. Weit mehr als 1.000 Kolleginnen und Kollegen sind gekommen und

den-Württemberg über 600 Stellen abgebaut werden.

Am Ende der Veranstaltung ließen die Kolleginnen und Kollegen 620, mit Gas befüllte gelbe Luftballons, mit der Aufschrift



Jeder Luftballon symbolisiert eine Stelle bei der Polizei.

Foto: Wolfgang Kircher

forderten angesichts wachsender Aufgaben mehr Neueinstellungen und einen Verzicht auf beschlossene Stellenstreichungen. Aufgrund der Arbeitszeitverlängerung von 40 auf 41 Stunden sollen bei der Polizei in Ba-

„Stoppt den Stellenabbau bei der Polizei“ steigen. Ein an jeden Luftballon angehängter ca. 20 cm großer Polizist aus Pappe forderte die Landesregierung symbolisch zum Umdenken auf.

Wolfgang Kircher

PROTEST IN MAINZ:

Besoldungspläne angeprangert

In Mainz haben am 23.10.2007 DGB und GdP noch einmal energisch gegen die Besoldungspläne der Landesregierung protestiert. Alle Landtagsfraktionen kündigten inzwischen an, das unzulängliche Besoldungsgesetz der Landesregierung nachbessern zu wollen. Allerdings gibt es immer noch keine Mehrheit, um die geplanten Null-Runden für die Versorgungsempfänger zu stoppen und den Beamtinnen und Beamten eine angemessene Anhebung ihrer Bezüge einzuräumen. DGB-Vorsitzender Dietmar Muscheid und der stellvertretende GdP-Vorsitzende

Heinz-Werner Gabler bezeichneten die erst für 1.7.2008 geplante Erhöhung der Besoldung um 0,5% als Hohn.

Heinz-Werner Gabler: „Die Beamtinnen und Beamten des Landes sehen, dass ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern im ersten Zug nach der Föderalismusreform weit besser gestellt werden. Dabei war es doch vor allem Ministerpräsident Kurt Beck, der immer wieder dazu aufgerufen hat, bundesweit einheitliche Vorgaben für die Bezahlung der Beamtinnen und Beamten beizubehalten.“

Red.

2. ORDENTLICHER EURO COP-KONGRESS:

Positive Bilanz erfolgreicher Arbeit

Fünf Jahre nach seiner Gründung im Jahre 2002 konnte die European Confederation of Police (EURO COP), Dachverband der europäischen Polizeigewerkschaften, auf eine überaus erfolgreiche Wahlperiode zurückblicken. Mittlerweile sind es 33 Mitgliedsorganisationen, die aus 26 Staaten stammen und insgesamt weit über 500.000 Mitglieder repräsentieren. So war es nur folgerichtig, dass dem Exekutiv-Komitee – vergleichbar dem Geschäftsführenden Bundesvorstand in der GdP – und dem Präsidenten Heinz Kiefer, einstimmig wieder das Vertrauen für die nächsten vier Jahre ausgesprochen wurde.

Neben der Bestandsaufnahme der letzten vier Jahre und den

Die lebhafteste Diskussion gerade um den Aktionsplan verdeutlichte die unterschiedlichen Standards in den einzelnen Herkunftsändern sowohl im sozialen als auch im rechtlichen und



Alter und neuer EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer erläutert dem Kongress die EURO COP-Agenda der nächsten vier Jahre.

Fotos (4): W. Dicke

mitee auf sechs Mitglieder erweitert wurde (geschuldet dem Wachstum der Organisation) und die Wahlen stellten aber nur zwei Tagesordnungspunkte des Kongresses dar. Daneben wurden von Vertretern der Organe und der Verwaltung der Europäischen Union zahlreiche Grußworte überbracht und fachliche Vorträge gehalten:

Der Vize-Präsident der Europäischen Kommission, Franco Frattini, in dieser Eigenschaft auch für das Innenressort zuständig, überbrachte dem Kongress nicht nur die Grüße der Europäischen Kommission, sondern machte klar, welche zunehmende Rolle EURO COP bei den Konsultationen im Hinblick auf alle Fragen, die Polizeibesetzte betreffen, spielt.

Hochrangige Regierungs- und Polizeivertreter aus Belgien sowie eine Vertreterin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, in dessen Veranstaltungszentrum der Kongress stattfand, rundeten

nungen, Diskussionen und Verabredungen für zukünftige bilaterale Treffen.

Zum Abschluss galt es aber auch Abschied zu nehmen: Peter Ibsen, 1. Stellvertreter des Präsidenten und „Urgestein“ der europäischen Polizeigewerkschaftsbewegung scheidet aus seinem Amt aus, um das Amt des Vorsitzenden der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Dänemark zu übernehmen. Sein Nachfolger als 1. Stellvertreter wurde Jan Schonkeren aus Belgien.



Der Vize-Präsident der Europäischen Kommission, Franco Frattini, überbringt dem Kongress die Grüße der Kommission.



Wahlen war es aber auch Aufgabe der 70 Delegierten unter den 140 Teilnehmern, die Vorgaben für die Politik EURO COP's in den nächsten Jahren zu bestimmen. Der beschlossene Aktionsplan stattet EURO COP mit klaren Richtlinien für die weitere Arbeit aus.

Die vier Hauptziele des Aktionsplanes lauten:

1. Ein soziales Europa für die Polizei
2. Innere Sicherheit in Europa
3. Sicherheit für die Polizei
4. Solidarität und Vernetzung

Die GdP-Delegation, angeführt vom Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg, stellte den größten Block unter den Delegierten.

gesellschaftspolitischen Bereich. Die Zielsetzungen des Aktionsplans wurden in einzelnen Anträgen ergänzt, die sich u. a. mit der europäischen Zusammenarbeit, den Auswirkungen der Beschlüsse europäischer Gremien, der Terrorismusbekämpfung und den Mindeststandards der Informations- und Konsultationsrechte befassen.

Die Antragsberatung, in deren Verlauf auch das Exekutiv-Ko-



Voller Tatendrang – das neu gewählte Exekutiv-Komitee: J. Schonkeren, H. Kiefer, L. Melin-Swing, N. Flowers, M. Litva und M. Lopez (v.l.n.r.)

mit ihren Vorträgen die Wertschätzung der Organisation EURO COP ab.

Zwischen den einzelnen Tagesordnungspunkten und an den Abenden blieb Zeit für Begeg-

Dieser bildet gemeinsam mit seiner Kollegin Lillemor Melin-Swing aus Schweden, Manuel Lopez aus Spanien, Norrie Flowers aus Schottland, Miroslav Litva aus der Slowakei und dem Präsidenten Heinz Kiefer nun das Exekutiv-Komitee, das in der anstehenden Legislaturperiode hoffentlich mit genauso viel Erfolg wie bisher die Geschicke von EURO COP leiten wird. **now.**

KOMMENTAR

Schläge wirken nach ...

„Wo du eine Ohrfeige gibst, da blühen Blumen“ und „Erst wenn du Schläge bekommen hast, bist du ein Mann“, solche und ähnliche Sprüche legitimieren noch in vielen Migrantenfamilien Gewalt als



Erziehungsmittel. Laut einer bundesweiten Erhebung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen erleben 44,5 Prozent der Jungen und Mädchen in türkischstämmigen Familien Misshandlungen und schwere Züchtigung (zum Vergleich: in deutschen Familien ohne Migrationshintergrund liegen Gewaltausprägungen im Kindesalter bei offiziellen 12,4 Prozent und im Jugendalter bei 5,6 Prozent). Wenn man dann noch weiß, dass männliche nichtdeutsche Jugendliche und Heranwachsende in Berlin wesentlich häufiger polizeilich registriert werden, als deutsche, dann deutet sich ein Zusammenhang an. Wissenschaftlich belegt wurde er in einer Studie der Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Dass das so ist, wissen zumindest die Kolleginnen und Kollegen, die in Ballungsräumen Dienst tun, schon lange.

Gerade Polizistinnen und Polizisten nehmen wie Seismographen gesellschaftliche Entwicklungen als eine der ersten wahr. Nur – das Thema war lange nicht gesellschaftsfähig. Verklärte Multikulti-Vorstellungen verdrängten viel zu häufig offensichtliche Faktenlagen.

Aber nicht nur „die Anderen“ haben das Problem! Die oben angeführten Gewaltausprägungen von 12,4 bzw. 5,6 Prozent sollte all jenen die Schamesröte ins Gesicht treiben, die dieses Leid verursachen, sich aber keine Hilfe holen. Und auch denen, die davon wissen, aber nicht handeln. Es sollte keiner sagen, er wüsste nicht wie! Bei uns im Land haben wir seit dem Jahr 2000 ein Gesetz: „Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.“ So lautet der Paragraph 1631 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Aber die Realität sieht leider anders aus. Es denke keiner, dass sich das Problem in wenigen Jahren aus der Welt schaffen ließe oder es sich gar von selbst löse. Wir brauchen dringend ein differenziertes gesellschaftliches Gesamtkonzept, damit Erziehungsprozesse im Elternhaus, aber auch Bildungsprozesse erfolgreich verlaufen können, damit Kinder und Jugendliche eine Chance auf unversehrte Entwicklung, auf Bildung und Ausbildung und damit überhaupt eine reale Chance im Leben haben. Leider ist ein solches Konzept noch immer nicht in Sicht.

Hingegen sind viele kleine Schritte zu beobachten – wie

kürzlich die Organisation der Kinderschutzkonferenz in Mecklenburg-Vorpommern (s. S. 19), die Arbeit zahlreicher Organisationen, Stiftungen und ehrenamtlicher Projekte...

Wir haben einen besinnlichen Monat vor uns – mit dem Fest der Liebe. In diesem Lichte möchte ich die Politiker unmissverständlich daran erinnern, dass in unserem reichen Land die nachfolgende Generation zu einem viel zu großem Teil ohne Zuwendung, Nähe, Verstehen, ohne ausreichend Bildung, einige sogar ohne genügend Essen, mit Schlägen und manche verwaorlost aufwachsen. Und ich möchte sie als Gewerkschafter dazu auffordern, ohne Taktiererei sich der nachfolgenden Generation mit aller Hingabe und Konsequenz zu widmen. Die gewerkschaftliche Unterstützung werden wir geben, aber auch die polizeiliche wird nicht fehlen. Denn mit den Auswirkungen der angeführten gegenwärtigen Zustände haben sowohl die Betroffenen ein Leben lang zu tun, aber auch die Gesellschaft insgesamt – und viel zu oft auch unsere Kolleginnen und Kollegen. Weil sie das nicht hinnehmen wollen, engagieren sich viele in ehrenamtlichen Projekten oder haben die Präventionsarbeit auf diesem Gebiet zur Profession gemacht. Ihnen allen sei an dieser Stelle für ihren unermüdlichen und so wichtigen Einsatz nicht nur gedankt, sondern auch unsere Hochachtung ausgesprochen. Das ist für mich wirklich ein Stück praktizierte Nächstenliebe.

Der Schuss ging nach hinten los. Ende August ging ein Aufschrei durch die Medien. Und viele Politiker empörten sich vorsichtshalber erst einmal mit, weil man sich bei der Hoheit über die nationale Wohlständigkeit von niemandem überbieten lassen wollte. Was war passiert? Das Alter für das Sportschießen mit Großkaliberwaffen sollte wieder von 21 auf 18 Jahren gesenkt werden. So stand es im Entwurf des Waffengesetzänderungsgesetzes. Unerhört! Und die Öffentlichkeit stimmte zu: bei einer Meinungsumfrage waren über 95 Prozent der Befragten gegen die Senkung der Altersgrenze. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble konnte gar nicht mehr anders: der Passus flog raus. Der Zeitgeist hatte gewonnen.

Das Ganze ist ein Lehrstück, wie hierzulande politische Entscheidungen zustande kommen, wenn das Thema an Emotionen rührt. Was eigentlich Sache ist, interessiert nicht. Tatsachen stören da nur. Das Thema „Waffen“ ist seit dem schrecklichen Massaker vom 26. April 2002 in Erfurt verständlicherweise in der Öffentlichkeit negativ besetzt. Selbst die polizeiliche Kriminalstatistik gilt dann nichts, wenn sie dem (Vor-)Urteil im Wege steht. Die ständig steigenden Zahlen der Kriminalstatistik, besonders bei der Gewaltdelinquenz, werden ausgiebig gefeiert. Dass seit dem Bundeswaffengesetz 1972 immer weniger geschossen wird, das wird nicht erwähnt – es passt nicht ins Bild. Wurde 1972 noch rund 12.000 Mal durch Straftäter geschossen, waren es 2006 (bei größerem Erfassungsbereich!) nur noch 4.584 Fälle. Der Anteil der Fälle an der Gesamtdelinquenz, bei denen mit Waffen aus legalem Besitz geschossen wurde, bewegt sich seit Jahren im Promille-Bereich.

Die Hürden für den privaten Waffenbesitz sind mit dem Waffengesetz 2003 noch einmal angehoben worden – nicht

Der Zeitgeist und das Waffenrecht



Das Großkaliberschießen, egal ob mit Pistole oder Gewehr, ist ein teurer Sport, daher auch weit weniger verbreitet als das Kleinkaliberschießen.
Foto: W. Dicke

zuletzt aufgrund des Erfurter Massakers. Die Altersgrenze für das Schießen mit Großkaliberwaffen wurde von 18 auf 21 Jahre angehoben. Obendrein muss seither bis zum Alter von 25 Jahren ein psychologisches Gutachten belegen, dass der Antragsteller die nötige Reife für den Umgang mit derlei Waffen hat.

Und jetzt sollte mit dem Entwurf des Waffenrechtsänderungsgesetzes diese Altersgrenze wieder auf 18 Jahre gesenkt werden. Grund: die Erkundigungen des Bundesinnenministeriums bei Bundes- und Landesbehörden hatten keinerlei Erkenntnisse zu Tage gefördert, wonach die Heraufsetzung des Mindestalters einen Sicherheitsgewinn erbracht hätte.

Warum dann der Aufschrei

der Medien? Der Schritt hätte eine Lockerung des Waffengesetzes (wenngleich auch nur in diesem Punkt) bedeutet, und das konnte doch wohl nicht wahr sein! Politiker stimmten prompt zu: Innenminister Schäuble ließ verlauten: „Sicherheit geht vor.“ Auch bei der Entwicklung und Harmonisierung kommenden EU-Rechts haben die Sicherheitsbelange der Bevölkerung absoluten Vorrang.“ Wie bitte? Der Passus in dem Gesetzentwurf stützte sich doch ausdrücklich darauf, dass es keine Sicherheitsbedenken gab! Aber das war vor dem Getöse in den Medien gewesen.

Der GRÜNEN-Politiker Christian Ströbele sah „überhaupt keinen einsichtigen Grund, warum ein junger Er-

wachsener ein großkalibriges Gewehr zum Spaß zu Hause im Schrank haben soll“. Ein teurer Spaß: ein solches Sportgewehr kostet locker über 5000 (in Worten: fünftausend) Euro, hinzu kommen die Kosten für die Munition. Man wird nicht mal so zum Spaß – quasi aus einer momentanen Laune heraus – Sport schützen. Es bedarf eines ganzen Jahres des regelmäßigen Trainings und entsprechender Ergebnisse in einer vom Bundesverwaltungsamt anerkannten Schießsportdisziplin, ehe eine eigene Sportwaffe erworben werden kann.

Hinzu kommt der psychologische Eignungstest. Bei seiner Einführung 2003 als direkte Reaktion auf Erfurt – der damalige Täter war erst 19 – wurde der Test in der Öffentlichkeit als wichtige Voraussetzung für den Umgang mit großkalibrigen Waffen gefeiert. Und jetzt? Da wurde er als quasi als Lizenz zum Geldvermehrung für Psychologen ohne irgendwelchen Nutzen

abqualifiziert – weil eben nicht wahr sein konnte, was nicht wahr sein durfte.

Für die ganze Aufregung bieten sich eine Erklärung an: der Klang des Wortes „Großkaliber“. Kaum einer weiß zwar, was damit technisch gemeint ist – aber man ist vorsichtshalber erst mal dagegen, weil es so bedrohlich klingt. Dabei ist es ganz einfach: es ist die Unterscheidung zum Kleinkaliber.

Fazit: schon damals hat sich der Gesetzgeber von Vorstellungen bei Öffentlichkeit und Medien über die Gefährlichkeit von Waffen beeinflussen lassen, die sachlich nicht begründbar sind. Insoweit ist der Aufschrei über die Herabsetzung des Mindestalters für Großkaliberschützen nur ein weiterer Beleg für dieses Phänomen. Aber so ist das: in einer Demokratie entscheiden Mehrheiten. Aber nirgendwo steht, dass diese Mehrheiten auch nach sachlichen Kriterien entscheiden müssen.

W. Dicke

Allen Autorinnen und Autoren, Leserinnen und Lesern unserer Zeitung sowie ihren Angehörigen wünschen wir eine frohe Weihnachtszeit und ein neues Jahr mit Gesundheit, Erfolg und Wohlergehen.

Ganz besonders denken wir an all jene, die aus beruflichen Gründen die Feiertage im Dienst verbringen müssen. Ihnen einen extra herzlichen Gruß.



Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**

Gesundheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz

Arbeitsverdichtung, Personal-mangel, Zeitdruck, kaum noch zu überblickende technische Entwicklung, komplexer werdende Aufgaben und Verantwortung – all das in Verbindung mit Globalisierung, den Auswirkungen des demografischen Wandels, mit Umstrukturierungen und Reformen gehen an den Arbeitnehmern nicht spurlos vorbei. Mobbing, Motivationsverlust, innere Kündigung, Burnout und verschiedene arbeitsbedingte Erkrankungen können Folgen dieser Entwicklung sein. Sie zu verhüten und zu bekämpfen wird eine immer wich-

Dass Vorbeugen allemal besser als heilen ist, braucht nicht mehr belegt zu werden. Unternehmer wissen längst, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr leisten können, wenn sie gesund sind und sich im Arbeitsumfeld wohl fühlen. Damit zunehmende Arbeitsbelastungen nicht mit Krankheitsreaktionen beantwortet werden, ist präventive Hilfe nötig – die betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) will dazu einen entscheidenden Beitrag leisten.

Was darunter zu verstehen ist, in welchen Rechtsrahmen sie eingebettet ist, wer die Aufwendungen dafür trägt und vor allem wie sie nutzbringend umgesetzt werden kann, soll auf den nächsten Seiten näher beleuchtet werden.



tigere Aufgabe für die Personal- und Gesundheitspolitik sowie den Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die wichtigste Ressource eines Unternehmens sind, ist hinlänglich bekannt. Allerdings werden aus Unkenntnis oder Unfähigkeit immer noch genau hier entscheidende Fehler

Tag und Nacht Tatortarbeit – die körperlichen und psychischen Anforderungen dürfen nicht unterschätzt werden. Foto: dpa

gemacht. Damit stellen sich Arbeitgeber selbst ein Bein – sie schwächen diese wichtigste Ressource statt sie zu fördern und zu schützen und können demzufolge nicht mit maximalen Arbeitsergebnissen rechnen.

Eine aktive betriebliche Ge-

sundheitsförderung hingegen bedeutet eine nachhaltige Investition in das betriebliche Sozial- und Humankapital und mobilisiert unerschlossene Leistungspotenziale, die beiden nutzen – den Beschäftigten und den Unternehmen.

Was ist, kann und soll die BGF?

Eine sehr weit reichende und alle Aspekte der BGF umfassende Definition hat das Deutsche Netzwerk für Betriebliche Gesundheitsförderung (www.dnbgf.de):

Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) ist eine moderne Unternehmensstrategie zur Verbesserung der Gesundheit am Arbeitsplatz. Sie umfasst die Optimierung der Arbeitsorganisation und Arbeitsumgebung, die Förderung aktiver Teilnahme aller Beteiligten sowie die Unterstützung der Personalentwicklung bei der Realisierung dieser Ziele. Dabei wird sowohl auf eine gesundheitliche Gestaltung der Arbeitsabläufe als auch auf Anreize für ein gesundheitsbewusstes Verhalten der Beschäftigten orientiert.

Zu den Handlungsfeldern der BGF gehören u.a.:

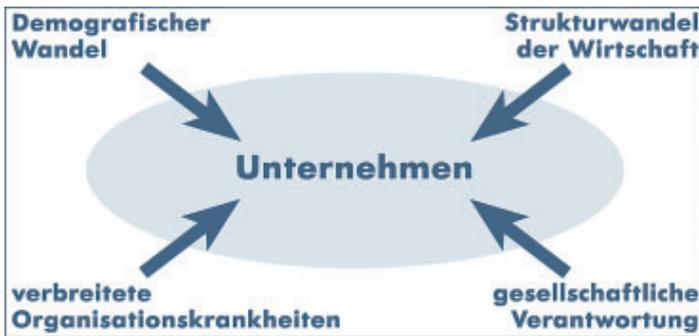
- Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben
- alternde Belegschaften
- soziale Unternehmensverantwortung
- Stress und psychische Belastungen
- betriebliche Wiedereingliederung
- Lifestyle

Professionelle BGF investiert also nachhaltig in das so genannte Human- und Sozialkapital eines Unternehmens, einer Institution oder einer Organisation. Es trägt dazu bei:

- das Vertrauen der Beschäftigten zu erhöhen und die Bindung an Aufgaben und Unternehmensziele zu stärken,
- Störungen in Abläufen und Arbeitsprozessen abzubauen,
- Informationsfluss, Kooperation und Teamarbeit zu verbessern,
- Wissensaustausch zu erleichtern,
- Kontroll- und Koordinationskosten zu senken,
- Stress, Fehlzeiten und Fluktuation zu reduzieren,
- die Arbeitseffizienz zu steigern,
- die Qualität der Produkte und Dienstleistungen zu verbessern sowie
- die Produktivität zu erhöhen.

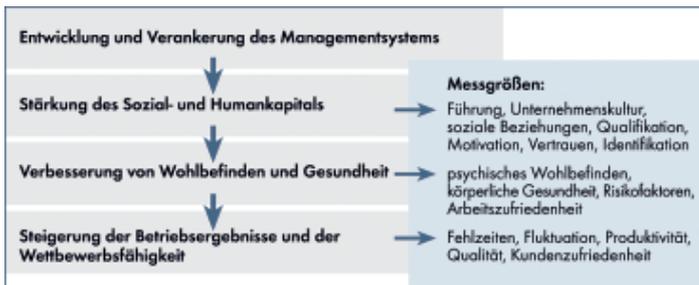
Betriebliche Gesundheitsförderung zielt auf die Führung die Unternehmenskultur, das Betriebsklima, die soziale Kompetenz, auf die Arbeitsbedingungen und das Gesundheitsverhalten: Einem vorzeitigen Verschleiß der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird damit auf allen Unter-

gesundheitschädigender Organisationskrankheiten wie Mobbing, Burnout und innere Kündigung zu einer zentralen Herausforderung für die betriebliche Arbeits- und Gesundheitspolitik. Ist das Betriebsklima gut, die Transparenz des Betriebsgeschehens hoch, bestehen aus-



nehmensebenen entgegenwirkt. Gesundheit und Wohlbefinden der Beschäftigten werden gefördert. Durch geringere Fehlzeiten, eine höhere Motivation,

reichend Beteiligungsmöglichkeiten und ein Vorrat an gemeinsamen Überzeugungen, Werten und Regeln, ist die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten der ge-

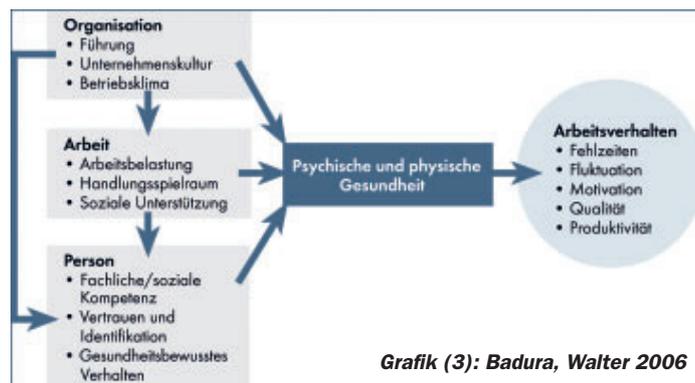


verbesserte Qualität und Produktivität wird das Betriebsergebnis sowie die langfristige Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gesteigert. Das ist erwiesen.

Wie die Bezeichnung „betrieblich“ schon sagt, werden die verschiedenen Maßnahmen zur BGF im Betrieb erbracht. Das bedeutet aber keinesfalls zwingend, dass sämtliche konkreten Aktionen auch in den Betriebsräumen stattfinden müssen. Es heißt auch nicht, dass der Arbeitgeber zusätzlich Geld für eine BGF aufwenden muss. Er kann seinen Beitrag z. B. auch dadurch erfüllen, indem er Räume oder vorhandene Logistik zur Verfügung stellt.

Aus arbeits- und gesundheitswissenschaftlicher Sicht werden Verhütung und Bekämpfung

nannten oder ähnlicher Organisationskrankheiten dagegen gering. Mangelt es an der Qualifikation der Führungsverantwortlichen, ist die Sinnhaftigkeit, Verstehbarkeit und Beeinflussbarkeit von Aufgabenstellungen, Arbeitsbedingungen und Entscheidungen nicht vermittelbar,



Gesundheitsfördernde Programme lohnen sich:

Nutzen für die Dienststelle:

- Erhöhte Arbeitszufriedenheit und Produktivität
- Langfristige Senkung des Krankenstandes
- Gesteigerte Arbeitsqualität
- Verbesserte Kommunikation und Kooperation
- Imageaufwertung für die Behörden und Einrichtungen

Nutzen für die Beschäftigten:

- Weniger Arbeitsbelastungen für den Einzelnen
- Verringerte gesundheitliche Beschwerden
- Verbesserte Leistungsfähigkeit
- Gesteigertes Wohlbefinden
- Besseres Betriebsklima
- Höhere Lebensqualität
- Gesünderes Verhalten in Dienststelle und Freizeit

erhöht sich dagegen das Risiko für das Auftreten und die Verbreitung dieser Probleme. Als Folge davon nehmen Belastungen zu und steigern das Risiko für Qualitätsmängel, gesundheitliche Beeinträchtigungen und krankheitsbedingte Fehlzeiten.

„Weiche“ Unternehmensfaktoren wie Führung, Unternehmenskultur oder das Betriebsklima werden daher von Analysten und Unternehmenslenkern immer wichtiger genommen. Sie sehen hier noch viel ungenutztes Potenzial und Synergien. Sie zu erschließen, darauf zielt die BGF. Die zentrale Maxime lautet: Gesundheit fördert Arbeit.

ten, den betrieblichen Arbeitsschutz gesetzlich festzuschreiben.

Dabei wird als Arbeitsschutz verstanden:

... die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz.

Hierzu sind in der Richtlinie allgemeine Grundsätze für die Verhütung berufsbedingter Gefahren, für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz, die Ausschaltung von Risiko- und Unfall-

„Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) umfasst alle gemeinsamen Maßnahmen von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gesellschaft zur Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz.“

Österreichisches Netzwerk zur BGF

Schnittstellen der BGF zu verbundenen Themen

Die wohl bedeutendste Schnittstelle ist die zwischen BGF und dem Arbeitsschutz. Die so genannte Arbeitsschutz-Rahmenrichtlinie EWG/391/89 verpflichtete die EU-Mitgliedstaar-

faktoren, die Information, die Anhörung, die ausgewogene Beteiligung nach den nationalen Rechtsvorschriften bzw. Praktiken, die Unterweisung der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter sowie allgemeine Regeln für die Durchführung dieser Grundsätze, formuliert.

Aus dieser sehr eng um das Beschäftigungsverhältnis gezogenen Formulierung geht hervor, dass der Arbeitsschutz ausschließlich Unfälle und Erkrankungen berührt, die im unmittel-



Nacht- und Schichtarbeit sowie besondere Dienst- und Einsatzanforderungen prägen den Polizei- alltag. Und die Belastungen werden nicht geringer. Dringend notwendig sind daher Projekte, die sich positiv auf die Förderung der Gesundheit des Einzelnen auswirken.

Fotos (2): dpa

Arbeitnehmervertretung aktiv und dauerhaft unterstützt wird, hat sie eine Chance auf spürbaren Erfolg. Betriebs- oder Dienstvereinbarungen sind beste Möglichkeiten, die Rahmendbedingungen, Ziele, Entscheidungswege, Ressourcenverbrauch und Zuständigkeiten für ein effektives Management der BGF verbindlich festzuschreiben.

Kosten

Der Gesetzgeber hat nicht vergessen, die kassenseitig einzusetzenden Mittel zu definieren.

Bewährte Maßnahmen zur Umsetzung der BGF

- Aufnahme von Gesundheit in das Unternehmens-, Institutions- oder Organisationsleitbild
- regelmäßige Mitarbeiterbefragungen
- Fehlzeitenanalysen
- Altersstrukturanalysen
- Gesundheitszirkel, Fokusgruppen, Workshops etc.
- regelmäßige Mitarbeitergespräche
- Projekte und Maßnahmen zur gesundheitsförderlichen Personal- und Organisationsentwicklung, z. B.:
 - > Qualifizierungsangebote für Führungskräfte, Experten und Mitarbeiter
 - > gesundheitsbezogene Zielvereinbarungen mit Führungskräften
 - > Coaching-Angebote für Führungskräfte
 - > spezielle Gesundheitsangebote für besonders belastete Führungskräfte und Mitarbeiter
 - > Aufklärungskampagnen
 - > internes Gesundheitsmarketing

baren Zusammenhang mit der Ausübung einer Beschäftigung stehen. Erkrankungen und Unfälle außerhalb dieser Sphäre zählen nicht zum Regelungsbereich des Arbeitsschutzes. Sie fallen in das Gebiet des allgemeinen Gesundheitswesens und sind somit Angelegenheit des Einzelnen und seiner sozialstaatlich organisierten Präventionsinstrumente, an deren vorderster Stelle die gesetzlichen und privaten Krankenkassen stehen.

Rechtliche Aspekte der BGF

Zwischen den Welten des Arbeitsschutzes und der privaten Gesundheitsvorsorge, gibt es aber dennoch eine Brücke – niedergelegt im § 20 Abs. 2 des V. Sozialgesetzbuches, das sich mit dem Gesundheitswesen befasst:

„Die Krankenkassen können den Arbeitsschutz ergänzende Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung durchführen; ... Die Krankenkassen arbeiten bei der Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung zusammen und unterrichten diese über die Erkenntnisse, die sie über Zusammenhänge zwischen Erkrankungen und Arbeitsbedingungen gewonnen haben. ...“



Die Formulierung „... den Arbeitsschutz ergänzende Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung ...“ sagt zweierlei aus: 1. Hier ist eine Schnittstelle eingebaut, die eine klare Trennung der beiden Bereiche mit sich bringt und 2. Die Leistungen der Krankenkassen dürfen nicht in einer verkappten Rückerstattung von Beiträgen bestehen, sondern müssen an der Schnittstelle zwischen der privaten Sphäre und der Arbeitswelt angesiedelt sein.

BGF kann allerdings nicht „verordnet“ werden. Denn selbst mit diesem Präventionsauftrag können die Krankenkassen den Arbeitgeber nicht zwingen, solche Maßnahmen durchzuführen oder den Beschäftigten verpflichten, daran teilzunehmen. Nur dann, wenn BGF wirklich als Führungsaufgabe erkannt und umgesetzt und in Kooperation mit der

Unser bundesdeutsches Ministerium für Arbeit und Soziales versteht unter BGF:

„Betriebliche Gesundheitsförderung leistet einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmern in modernen Unternehmen und damit für die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen selbst.“

So muss die Kasse bezogen auf das Basisjahr 2000 genau 2,56 Euro pro Versicherten und Jahr für konkrete Maßnahmen der BGF, wie z. B. einer finanziellen Förderung von Selbsthilfegruppen bei der Beschaffung von Sportgeräten etc. verwenden. Dieser Sockelbetrag ist von ver-

Verzeichnis der Krankheitsbilder deren Vorbeugung die Krankenkassen unterstützen

Maßgebend für das vom Gesetzgeber geforderte Verzeichnis sind die fett gedruckten Krankheitsgruppen. Um zu vermeiden, dass das Verzeichnis ständig aktualisiert und neu abgestimmt werden muss, wurden in Klammer mögliche Diagnosen aufgeführt, die der jeweiligen Krankheitsgruppe zuzuordnen sind. Diese Auflistung von Diagnosen bzw. konkreten Krankheitsbildern ist exemplarisch und kann jederzeit intern ergänzt werden.

Die Zusammenarbeit soll mit Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen mit sekundärpräventiver oder mit rehabilitativer Zielsetzung in den nachstehend aufgeführten Bereichen erfolgen:

- **Herz-Kreislauf-Erkrankungen** (z. B. chronische Herzkrankheiten, Infarkt, Arteriosklerose)
- **Krankheiten des Skeletts, der Gelenke, der Muskeln und des Bindegewebes** (z. B. rheumatische Erkrankungen, Arthrose, Morbus Bechterew, Sklerose, Myasthenie, Sklerodermie, Skoliose, Fibromatosen, Fibriomyalgie, Osteoporose, Osteomyelitis)
- **Tumorerkrankungen** (z. B. Organe, Mundhöhle, Kehlkopf, Haut, Brust, Blut)
- **Allergische und asthmatische Erkrankungen, Atemwegserkrankungen** (z. B. Allergien, Asthma, Neurodermitis)
- **Erkrankungen der Verdauungsorgane und des Harntraktes** (z. B. Colitis ulcerosa, Morbus Crohn, Darmchwäche, künstlicher Darmausgang, Dialyse, künstliche Niere, Blasenschwäche)
- **Lebererkrankungen** (z. B. chronische Hepatitis, Leberzirrhose)
- **Hauterkrankungen** (z. B. Psoriasis, Atopisches Ekzem, Epidermolysis Bullog)
- **Suchterkrankungen** (z. B. Medikamenten-, Alkohol-, Drogenabhängigkeit, Essstörungen (Anorexie, Bulimie))
- **Krankheiten des Nervensystems** (z. B. Multiple Sklerose, Parkinson, Epilepsie, Hydrocephalus, Chorea Huntington, Meningitis, Muskelatrophie, Muskeldystrophie, Polyneuropathien, Zerebralparese/Lähmungen, Narkolepsie, Schädigungen des zentralen Nervensystems, Minimale Cerebrale Dysfunktion (MCD), Alzheimer Krankheit, Hereditäre Ataxie, Guillain-Barré-Syndrom, Recklinghausensche Krankheit)
- **Hirnbeschädigungen** (z. B. apallisches Syndrom, Aphasie, Apoplexie, Schädel-Hirn-Verletzungen)
- **Endokrine Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten** (z. B. Adipositas, Diabetes mellitus, Zystische Fibrose, Mukoviszidose, Zöliakie, Phenylketonurie, Gaucher Krankheit, Bauchspeicheldrüsenerkrankungen)
- **Krankheiten des Blutes, des Immunsystems/Immundefekte** (z. B. Leukämie, Hä-mophilie, AIDS, HIV-Krankheit, Sarkoidose)
- **Krankheiten der Sinnesorgane / Hör-, Seh- und Sprachbehinderungen** (z. B. Tinnitus, Ménière, Schwerhörigkeit, Gehörlosigkeit, Retinitis Pigmentosa, Stottern)
- **Infektiöse Krankheiten** (z. B. Poliomyelitis/Kinderlähmung, Viruskrankheiten)
- **Psychische und Verhaltensstörungen/Psychische Erkrankungen** (z. B. psychische und Persönlichkeitsstörungen, psychosomatische und psychoneurotische Erkrankungen, Suizidalität, Hyperkinetische Störungen, Angststörungen, sexueller Missbrauch, Entwicklungsstörungen, Autismus)
- **Angeborene Fehlbildungen/ Deformitäten und Behinderungen** (z. B. Spina bifida, Hydrocephalus, Lippen-, Kiefer- und Gaumenspalte, Down-Syndrom, Turner-Syndrom, Klinefelter-Syndrom, Körperbehinderungen, Kleinwuchs, geistige Behinderungen).
- **Chronische Schmerzen** (z. B. Migräne, Gelenkschmerzen)
- **Organtransplantationen**

schiedenen volkswirtschaftlichen Parametern abhängig und schwankt mit der jährlich neu fest zu legenden Bezugsgröße nach § 18 des IV . Sozialgesetzbuches.

Wie funktioniert BGF?

Modelle zur BGF gibt es zu Hauf – gute wie weniger gute. Es gibt auch solche, die inhaltlich zwar viel versprechend sind, aber aufgrund fehlender Kommunikation oder Motivation der Beschäftigten auf wenig Akzeptanz stoßen.

Umgekehrt gibt es auch Beispiele, bei denen BGF zwar auf geringem inhaltlichem Niveau, aber dennoch effizient angeboten wird.

Im Grunde gibt es keine Barrieren hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung gesundheitsfördernder Maßnahmen im betrieblichen Bereich.

Allerdings sollte das Ziel nicht aus den Augen verloren werden: Es sollte ein betriebliches Management entwickelt werden, das zur Reduzierung von Belastungen, zur Stärkung des Sozial- und Humankapitals, zur Verbesserung von Wohlbefinden und Gesundheitsverhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit zur Steigerung von Arbeitsergebnissen beiträgt. Alle diese Teilziele können mit Messgrößen untersetzt werden.

Soll allerdings Geld aus Richtung einer Krankenkasse fließen, ist es erforderlich, dass die entsprechende Maßnahme dort auch als förderungswürdig anerkannt ist. Die Krankenkassen haben bestimmte Krankheitsbilder identifiziert, deren Vorbeugung sie finanziell unterstützen (s. S. 9).

Nachfolgend sollen einige Beispiele von BGF sowohl in der Polizei als auch in der Industrie (VW Wolfsburg) vorgestellt werden.

**Hans Jürgen Marker/
Marion Tetzner**

Die Redaktion bedankt sich für die Unterstützung der Universität Bielefeld – besonders bei Prof. Wolfgang Greiner und Max Ueberle.

Ansätze einer Betrieblichen Gesundheitsförderung:

Beispiel der Polizei Bremen

Das Beispiel Bremen steht synonym für die Bemühungen in den Ländern zur Schaffung eines gesundheitsfördernden und erhaltenden Klimas rund um den Polizei-Arbeitsplatz.

In Bremen gibt es folgende einzelne Komponenten, die in den Gesamtkomplex Gesundheitsschutz hineinragen:

- Sporterlass des Senator für Inneres und Sport (eine DA ist in Arbeit)
- Audit Beruf und Familie
- Betriebliches Eingliederungsmanagement
- Dienstvereinbarung Gesundheits- und Präventionssport
- Dienstvereinbarung Nichtrauchererschutz
- Dienstvereinbarung Suchtkrankenhilfe
- Verschiedene Seminare zu Gesundheitsthemen
- „Netzwerk Gesundheit“
- Stressseminar
- Verschiedene Angebote der Polizei Sportbildungsstätte wie z. B. Rückengymnastik
- Vorsorgekuren
- Gesundheitstipps zu verschiedenen Themen im internen Polizeinetz

Die Vereinbarungen zum Nichtrauchererschutz, zur Suchthilfe sowie zur Wiedereingliederung finden sich in den meisten Ländern wieder.

Die Erlasse zum Dienstsport sind in der Polizei ohnehin obligatorisch, weil der LF 290 „Sport in der Polizei“ in Verbindung mit der PDV 300 „Ärztliche Beurteilung der Polizeidiensttauglichkeit und der Polizeidienstfähigkeit“ eine körperliche Fitness für den Polizeiberuf voraussetzt und damit eine entsprechende Regelung unentbehrlich macht.

„Echte“ Maßnahmen, die dem eigentlichen Bereich der BGF zuzuordnen sind, wären die aufgeführte Vereinbarung über Präventionssport, der über das „Muss“ des Polizeisports hinausgeht, diverse Seminare zu Gesundheitsthemen, Gymnastik in so genannten Selbsthilfegruppen sowie Präventivkuren und Informationszirkel.

Eine Sonderstellung nimmt in Bremen das Konzept „Beruf und Familie“ ein. Dieses, von einem externen Zertifizierungsunternehmen auditierte Projekt hat – wie der Name schon sagt – zum

Ziel, die Vereinbarkeit von Familie, d. h. Erwerbstätigkeit der Erwachsenen, Betreuung der Kinder, sowie ggf. die Pflege von Angehörigen, in sinnvoller Weise zu koordinieren. Enthaltene sind in diesem Konzept Zielvereinbarungen zur Arbeitszeit (Teilzeit, Zeitkorridore etc.), Arbeitsorganisation, Arbeitsort, der Information und Kommunikation, Führungskompetenz, Personalentwicklung, Entgeltbestandteile, sowie Serviceleistungen für Familien.

Wenngleich ein solches Projekt sehr begrüßenswert ist, geht es deutlich über den Ansatz der eigentlichen BGF hinaus. Anders sähe es im Verbund eines BGF-Managementsystems aus. Dort wäre das Projekt sogar integraler Bestandteil.

Insgesamt bietet das Bremer Modell gute Ansätze, nicht nur zu einem BGF-System heran zu reifen, sondern wegen seiner mannigfaltigen Elemente zu einem echten BGF-Managementprojekt fortentwickelt zu werden.

Beispiel der Polizei in Rheinland-Pfalz

In der rheinland-pfälzischen Polizei gibt es noch keine institutionalisierte BGF. Die dortige GdP will die Kolleginnen und Kollegen für die Bedeutung ihrer eigenen Gesundheit und gesunder Arbeitsbedingungen sensibilisieren und gleichzeitig beim Dienstherrn auf die Implementierung einer BGF drängen.

Die GdP Rheinland-Pfalz bietet derzeit folgende Maßnahmen an:

- Seminare der GdP zur Stress- und Konfliktbewältigung (seit 20 Jahren),
- dezentrale Angebote zum Thema Gesundheitssport,
- Sportseminare für verschiedene Zielgruppen;

- Gesundheitstage,
- Beratungen zur Krebsvorsorge etc.

In den Polizeibehörden und Einrichtungen sind aber auch eigene Bemühungen zu finden. Akzente der BGF zu setzen.

Zwischen der GdP und dem Ministerium des Innern (ISM) gibt es die Vereinbarung, BGF in der Polizei zu implementieren, die zuletzt anlässlich des Landesdelegiertentages 2006 vom Leiter der Polizeiabteilung bekräftigt wurde. Zu diesem Zweck ist derzeit eine Gesundheitswissenschaftlerin der Unfallkasse Rhein-

land-Pfalz bereits beratend tätig

Aktuell ist geplant, eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel der Durchführung einer Bestandserhebung unter Beteiligung des Hauptpersonalrates Polizei einzusetzen. Dabei soll die Universität Magdeburg Hilfestellung leisten.

In den letzten drei Jahren hat die GdP in Rheinland-Pfalz die BGF immer wieder auf der Tagesordnung gehabt – bis hin zum dritten GdP-Seminar zum Thema BGF unter dem Aspekt der allmählich in die Umsetzungs- und Einführungsphase gekommenen Rheinland-Pfälzischen BGF-Projekte.

Beispiel der Berliner Polizei

Die Berliner Polizei ist bundesweit die einzige Polizei, die bereits über ein echtes Konzept zum Gesundheitsmanagement verfügt. Am 11.4.2006 unterzeichneten der Gesamtpersonalrat der Berliner Polizei sowie der Polizeipräsident die 8-seitige Dienstvereinbarung über „das behördenweite Gesundheitsmanagement in der Berliner Polizei“ mit dem Ziel, „... den Gesundheitszustand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Polizeibehörde zu verbessern und zu erhalten, um durch Stärkung der Gesundheitspotentiale den gestiegenen Anforderungen der heutigen Arbeitswelt gerecht zu werden.“

In der Vereinbarung sind folgende Ziele als besonders bedeutend hervorgehoben:

- Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren
- Erhalt und Steigerung der Leistungsfähigkeit und -bereitschaft
- Förderung der Gesundheitskompetenz des/der Einzelnen
- Erhöhung der Gesundheitsquote
- Verbesserung des Arbeitsklimas/der Behördenkultur
- Verbesserung des gesundheitsförderlichen Führungsverhaltens
- Steigerung der Arbeitszufriedenheit
- Reduzierung von psychischen Fehlbelastungen

Das Konzept kombiniert dabei Elemente aus dem klassischen Arbeitsschutz (Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren, Reduzierung von psychischen Fehlbelastungen) mit solchen der BGF.

Diese Vermischung ist in einem Disziplinen übergreifenden Konzept, als solches stellt sich das Berliner Projekt dar, sinnvoll und erwünscht.

Zum echten Managementsystem wird es jedoch erst durch die Lenkungsinstrumente:

- Einbeziehung der gesamten Belegschaft
- systematische Durchführung aller Maßnahmen
- Integration der Verhältnis- wie Verhaltensprävention
- Definition eines ganzheitlichen Ansatzes der Risikoreduktion.

Die Systematik des Projekts ist gekennzeichnet durch Maßnahmen, die zentral und solchen, die dezentral durchgeführt werden müssen bzw. zweckmäßiger Weise durchgeführt werden sollen.

Instrumente der Berliner BGF sind Gesundheitszirkel, Mitgliederbefragung, ein periodi-

scher Gesundheitsbericht, Krankenstatistiken sowie Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Führungskräfte. Darüber hinaus gibt es wichtige Aussagen zur Finanzierung des Projekts sowie zur Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen.

Die Dienstvereinbarung wird flankiert durch ein Rahmenkonzept, das quasi als Durchführungsrichtlinie fungiert.

Das Konzept ist in der Berliner Polizei rundum auf Zustimmung gestoßen. Wichtig ist nun, dass alle Beschäftigten, insbesondere die Führungskräfte, das BGF-Projekt als Chance werten, die Gesundheit zu fördern und zu erhalten. Nur dann, wenn dieses Engagement in der politischen Spitze der Behörde spürbar wird, können erkannte Engpässe, wie eine zu gering angesetzten Finanzierung, korrigiert werden.

Gesundheitsmanagement bei Volkswagen

Der wirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens hängt entscheidend von der optimalen Nutzung und nachhaltigen Pflege seiner „Humanressourcen“ ab. Schutz und Förderung der Gesundheit und Fitness der Mitarbeiter sind deshalb nicht nur eine soziale Verpflichtung und Ausdruck der Unternehmenskultur, sondern auch eine ökonomische Notwendigkeit.

Bei VOLKSWAGEN ist bereits vor mehreren Jahren ein innovatives Gesundheitsmanagement eingeführt worden. Mit ihm sollen die Mitarbeiter vor (Berufs-)Krankheiten und Unfällen geschützt, Gesundheit und Fitness gefördert sowie gesundheitsförderlicher Ressourcen gestärkt werden. Zugleich soll das Gesundheitsmanagement zur Qualitätsverbesserung und Erhöhung der Wirtschaftlichkeit beitragen.

Das VW-Gesundheitsmanagement besteht aus Grundmodulen und aus Zusatzmodulen. Grundmodule sind – neben der medizinischen Betreuung – Arbeitsgestaltung, Information/Kommunikation und Mitarbeiterbeteiligung. Die Zusatzmodule haben wichtigen ergänzenden Charakter.

Die konzeptionelle, instrumentelle und inhaltliche Gestaltung des Gesundheitsmanagements wird permanent überprüft. Systematisierung, Standardisierung und innovative Weiterentwicklung sind dabei die Orientierungspunkte.

Die Erfahrungen bei VOLKSWAGEN zeigen, dass sich Gesundheitsmanagement auch wirtschaftlich positiv auswirkt. So hat

Gesundheitsmanagement bei Volkswagen



sich der Gesundheitsstand über die vergangenen Jahre hinweg deutlich verbessert, Anzeigen von Berufskrankheiten haben sich verringert und eine Steigerung von Zufriedenheit und Wohlbefinden wirkt sich positiv auf das Arbeitsklima und die Zusammenarbeit aus.

Ein Unternehmen ist letztlich

immer nur so leistungsfähig wie seine Mitarbeiter. Die Maxime bei VOLKSWAGEN lautet: Wer von den Mitarbeitern Höchstleistung erwartet, muss auch deren Gesundheit und Fitness erhalten und fördern.

Dr. Uwe Brandenburg,
VOLKSWAGEN AG,
Zentrales Gesundheitswesen

Ausblick

Quo vadis, betriebliche Gesundheitsförderung? Diese Frage ist derzeit, nach den Trends in den Längern zu urteilen, zwar (noch) zaghaft, aber insgesamt positiv zu beurteilen: Es geht vorwärts. Wenngleich sich einige Länder – wie Baden-Württemberg – für die Gesundheit ihrer Beschäftigten



Frank Richter – im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP u. a. zuständig für Arbeitsschutz/Schichtdienst.

nur so weit zu interessieren scheinen, wie es das Arbeitsschutzgesetz zwingend vorschreibt, sind die meisten anderen Länder offenbar in der Lage, über diesen zu kurz geratenen Tellerrand hinaus zu schauen.

Die Großindustrie hat die Vorteile einer ausgereiften betrieblichen Gesundheitsförderung längst erkannt.

Solche können relativ leicht identifiziert werden:

- Für die Beschäftigten:
 - höhere Arbeitsproduktivität durch erhöhte Arbeitszufriedenheit
 - höhere Motivation der MitarbeiterInnen durch Mitbestimmung am Arbeitsplatz
 - optimierte innerbetriebliche Abläufe durch verbesserte Kommunikation und Kooperation
- Für den Arbeitgeber:
 - Senkung der krankheitsbedingten Kosten durch gesunde und gesundheitsbewusste MitarbeiterInnen
 - Erhöhung der Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit des Be-

triebes durch motivierte MitarbeiterInnen

- geringere Fluktuation durch höhere Arbeitszufriedenheit – Erfahrung und Wissen der MitarbeiterInnen bleiben dem Unternehmen erhalten

Nach einer aktuellen Studie des Schweizer Versicherers Winterthur unter Beteiligung des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen tragen Programme der Gesundheitsförderung dazu bei, die Fehlzeitenrate von 12 bis 36 % zu senken und in Bezug auf die Produktivität jeden hier investierten Euro zu vervier- bzw. zu verzehnfachen.

Solche Erkenntnisse gibt es aber nicht nur im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, sondern auch bei uns in den Behörden. Die Stadt Dortmund mit ihren ca. 8.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in 32 Ämtern hat die Chancen, die der BGF innewohnen, erkannt und ein umfassendes Managementsystem zur BGF eingerichtet.

Warum sollte so etwas nicht auch in der Polizei funktionieren? Gerade für die Beschäftigten in diesem für Nacht- und Schichtarbeit sowie durch die besonderen Dienst- und Einsatzanforderungen geprägten Beschäftigungssektor ist es dringend erforderlich, Projekte ins Leben zu rufen, die sich positiv auf die Förderung der Gesundheit des Einzelnen auswirken. Dabei ist es im Grunde gleichgültig, ob es sich um ein „einfaches“ Projekt zur BGF handelt oder um ein ausgeklügeltes Managementsystem. Letzteres wäre natürlich als Ziel wünschenswert. Wichtig ist jedoch, dass ein Anfang gemacht wird, auf diesem Gebiet überhaupt etwas zu tun.

Die GdP wird sich diesem Thema in den nächsten Jahren verstärkt annehmen. Ihr Ziel ist es, eine BGF in der deutschen Polizei ins Leben zu rufen. Sie wird sich für die Entwicklung eines Rahmenkonzepts engagieren, das in der Polizei generell trägt.

Die spezifische Umsetzung eines solchen Rahmenkonzepts muss letztendlich dort erfolgen, wo es erfolgreich sein soll, nämlich in den einzelnen Dienststellen, vielleicht sogar in den Dienstgruppen.

Frank Richter

Polizeiakademie Niedersachsen startet mit akkreditiertem Bachelor-Studiengang

In Niedersachsen wurde zum 1. Oktober 2007 die erste Polizeiakademie in Deutschland gegründet, an der in einem akkreditierten Studiengang der Bachelor of Arts erworben werden kann. Damit folgt die niedersächsische Polizeiausbildung europäischen Standards und auch der Zugang zum Masterstudium an der Deutschen Hochschule der Polizei ist damit sicher gestellt. Mit dem Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, Johannes-Jürgen Kaul, sprach Uwe Robra, DP-Landesredakteur Niedersachsen.

Herr Kaul, am 1. Oktober starteten 524 neue PK-Anwärterinnen und -Anwärter ihr Studium zum „Bachelor of Arts“. Werden Polizisten künftig ein anderes Berufsbild erfüllen als zu Zeiten des Diplomstudiums?

lage wissen gestützt, auf immer neue, wechselnde Herausforderungen anzupassen. Wir wollen das Lernen lehren, damit die steigende Selbstverantwortung im Bildungsprozess auch wahrgenommen werden kann.



Luftaufnahme des Gebäudes der Polizeiakademie (Bilder mit freundlicher Genehmigung (c) 2007 Polizeiakademie Niedersachsen)

Mit der Veränderung der Sicherheitslage nehmen auch die Herausforderungen für die Polizei stetig zu. In Anbetracht dieses steten Wandels brauchen wir Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die in der Lage sind, diesen Herausforderungen effektiv zu begegnen. Die im Rahmen des Bachelor-Studienganges vermittelte Berufsfähigkeit soll es ermöglichen, sich unabhängig von allen Veränderungen auf solides Grund-

Die Aus- und Weiterbildung der Polizei in Niedersachsen wurde als Gesamtpaket reformiert. Welche Ziele wurden damit verfolgt?

Ziele der Reform waren eine Qualitätssteigerung der Ausbildung sowie eine stärkere Verzahnung von Aus- und Weiterbildung, aber auch eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit.

Was hat sich konkret verändert?
Auf der Grundlage eines Kabi-

nettsbeschlusses vom 20.12.2005 wurden die Fakultät Polizei der Fachhochschule Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) und das Bildungsinstitut der Polizei Niedersachsen (BIP NI) aufgelöst und die Polizeiakademie Niedersachsen gegründet. Diese zum 1. Oktober 2007 gegründete Akademie ist als Nachfolgeeinrichtung für die gesamte Aus- und Weiterbildung in der niedersächsischen Polizei zuständig. Damit werden



Zur Person:

Johannes-Jürgen Kaul,
Direktor der Polizeiakademie
Niedersachsen

- vom Innenminister im Rahmen der Akademie-Gründungsfeier am 1.10.2007 in sein Amt eingeführt;
- von August 2005 bis September 2007 Projektleiter „Polizeiakademie Niedersachsen“;
- hatte bisher u. a. folgende Funktionen: Personalreferent im Nieders. Innenministerium, Abteilungsleiter im LKA Niedersachsen, Direktor der Polizei bei der ehemaligen Bezirksregierung Hannover, Referatsleiter für Kriminalitätsbekämpfung im Nieders. Innenministerium

Kontakt:
leitung@akademie.
polizei.niedersachsen.de

diese Aufgaben künftig unter einer Gesamtverantwortung wahrgenommen.

Welche Vorteile verspricht man sich davon?

Durch die Neuorganisation wurden Schnittstellen reduziert und die Aus- und Weiterbildung ist

besser zu verzahnen als das in der Vergangenheit mit zwei eigenständigen Organisationen möglich war. Zudem wurden Kosten reduziert.

Welche Rechtsform hat die Polizeiakademie Niedersachsen erhalten?

Sie ist dem Gesetz über die Polizeiakademie Niedersachsen vom 13. September 2007 zufolge eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, die im Rahmen dieses Gesetzes ihre Aufgaben selbstständig wahrnimmt. Im Bereich der Ausbildung unterliegt sie der Rechtsaufsicht, in anderen Bereichen wie z. B. der Fort- und Weiterbildung oder der Personalverwaltung der Fachaufsicht des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport.

Welche Aufgaben hat die Polizeiakademie übertragen bekommen?

Nach § 3 des Gesetzes über die Polizeiakademie Niedersachsen hat sie zunächst einmal die Aufgabe, in einem Studiengang für den gehobenen Polizeivollzugsdienst auszubilden und alle Beschäftigten der Polizei fort- und weiterzubilden. Darüber hinaus sind wir zuständig für die im Land durchzuführende Ausbildung im Rahmen des Masterstudienganges sowie die Durchführung praxisbezogener, den Polizeibereich betreffender Forschungsvorhaben. Unsere Aufgabe ist es auch, zur Entwicklung der Polizeiwissenschaft beizutragen und die Werbung für den Polizeivollzugsdienst sowie die Auswahlverfahren durchzuführen. Das Aufgabenspektrum ist – wie Sie sehen – sehr breit.

Die Ausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst wurde zum 1. Oktober 2007 verändert. Um welche Änderungen handelt es sich und welche Rahmenvorgaben waren zu beachten?

Mit Gründung der Polizeiakademie Niedersachsen bieten wir einen akkreditierten dreijährigen Bachelor-Studiengang an und sind damit den Bologna-Beschlüssen bereits gefolgt. Auf der Basis eines von uns entwickelten Kompetenzprofils haben wir diesen Studiengang konzipiert und uns dabei strikt an die länder -

gemeinsamen Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz zur Regelstudienzeit, zu den Zugangsvoraussetzungen, zur modularen Struktur des Curriculums und zur Einführung von Credits gehalten.

Was bietet der neue Bachelor-Studiengang? Wie steht es um die Verzahnung wissenschaftlicher Ansätze mit Praxisorientierung des polizeilichen Alltags?

Wir bieten eine wissenschaftsbezogene und zugleich noch stärker praxisorientierte Qualifizierung, d. h. wir vermitteln wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden sowie berufspraktische Fähigkeiten und Kenntnisse, die zur polizeilichen Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Dabei ist die Verknüpfung von Theorie und Praxis ein ganz wesentlicher Aspekt.

Wie sieht der Studiengang konkret aus?

Unser Bachelor-Studium ist als dualer Vollzeitstudiengang konzipiert, der aus insgesamt 19 Modulen in drei Studienabschnitten besteht und jeweils zum 1. Oktober des Jahres beginnt.

Der 1. Studienabschnitt besteht aus einem 12-monatigen Grundlagenstudium, der 2. Studienabschnitt aus einem 6-monatigen Fachstudium und zwei 3-monatigen Ergänzungs-, Vertiefungs- und Schwerpunktstudium mit Bachelorarbeit und Abschlussprüfung.

Alle Module – mit Ausnahme der Polizeitrainings – schließen mit einer Prüfung/Leistungsbeurteilung ab. Insgesamt muss man im Studium 180 Credits erlangen, was dem Workload von 5.400 Zeitstunden entspricht.

Die GdP Niedersachsen hat die Neuorientierung zum Bachelor-Studium und zur Akkreditierung dem Grunde nach begrüßt. Die niedersächsische Reform der Ausbildung ist aber auch bundesweit aufmerksam und teilweise sehr kritisch begleitet worden. Was sagen Sie zu dieser Kritik?

Unser Studiengang ist ohne Auflagen akkreditiert worden. Wir haben uns mit dem Akkreditierungsverfahren einer externen Qualitätsprüfung gestellt und die-



Kommissaranwärter bei der Polizeiakademie Niedersachsen

se sehr erfolgreich bestanden. Lassen Sie mich hierzu nur eine kurze Passage aus dem Gutachterbericht zitieren: „Die vorgesehene Verknüpfung von fundierter wissenschaftlicher Ausbildung und praktischer Anwendung ist außerordentlich positiv, weil hierdurch eine qualitativ hochwertige Handlungssicherheit bei der späteren Aufgabenerfüllung erreicht wird.“ Dieser Aussage ist nichts hinzuzufügen.

Im Übrigen ist der an der Polizeiakademie Niedersachsen verliehene Bachelor dem an einer Hochschule verliehenen Bachelor gleichgestellt.

Stichwort „Lehrkörper“ – was sagen Sie zu der Kritik „Polizisten bilden Polizisten aus“, dem so genannten „Schmoren im eigenen Saft“? Ist der hochschulrechtliche Mindestanteil hauptberuflicher Lehrkräfte und die Mischung aus internem und externem Know-how erreicht?

Nach den ländergemeinsamen Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz ist eine Voraussetzung für die Akkreditierung, dass ein bestimmter Anteil der Lehre von hauptberuflichen Lehrkräften erbracht wird, die die für Professoren geltenden Einstellungsbedingungen nach dem Hochschulgesetz erfüllen. Mit der Erfüllung dieser Vorgabe wird die Zahl der Professorinnen und Professoren an der Polizeiakademie gegenüber der Fachhochschule wesentlich erhöht. Daneben werden aber nach wie vor Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte als Dozenten und Lehrkräfte für besondere Aufgaben eingesetzt.

Wie schätzt die Leitung der Polizeiakademie die Generalisten-versus-Spezialisten-Frage ein?

Auch im bisherigen Diplomstudiengang gab es eine Spezialisierung für den Ermittlungsbereich. Insofern ist das Konzept der Spezialisierung nicht neu. Wir haben in unserem Studiengang erst im 3. Studienabschnitt das Schwerpunktstudium Einsatz und alternativ das Schwerpunktstudium Ermittlungen vorgesehen, d. h. eine breite einheitliche Grundqualifizierung ist gegeben. Im Interesse einer professionellen Kriminalitätsbekämpfung ist das Schwerpunktstudium Ermittlungen, mit dem wir auf die Tätigkeit in den Ermittlungsbereichen vorbereiten wollen, sachgerecht und Ziel führend.

Herr Kaul, vielen Dank für das Gespräch. Die GdP wünscht Ihnen, dem Lehrpersonal und den Studierenden eine ertragreiche Weiterentwicklung der PA!

Kann der Bedarf an Professorinnen und Professoren gedeckt werden?

Uns liegen zahlreiche Initiativbewerbungen von qualifizierten Interessentinnen und Interessenten vor, so dass ich überhaupt keine Personalrekrutierungsprobleme sehe. Im Rahmen der Modulausbildung ist eine Spezialausbildung für K vorgesehen. Die GdP tritt seit langem für eine ganzheitliche Befähigung für S- und K-Aufgaben ein.

Kurzübersicht der Module

Modul Nr.	Modulbezeichnung	Credits
1. Studienabschnitt		
01	Polizei in Staat und Gesellschaft	7
02	Basiskompetenzen für Studium und Beruf	6
03	Grundlagen der Kriminalitätskontrolle	
12		
04	Grundlagen der Einsatzbewältigung	10
05	Grundlagen der Verkehrssicherheitsarbeit	7
06	Polizeiliche Standardlagen	4
07	Polizeitraining - 1 -	13
2. Studienabschnitt		
08	Praktikum Einsatz	15
09	Ermittlungen	12
10	Bewältigung ausgewählter Einsatzlagen	8
11	Interventionsansätze der Verkehrssicherheitsarbeit	4
12	Polizeitraining - 2 -	6
13	Praktikum Ermittlungen	15
3. Studienabschnitt		
14	Bachelorarbeit	9
15	Organisationslehre	5
16	Vertiefung Einsatz und Ermittlungen	14
17.1	Schwerpunktstudium Einsatz	12
17.2	Schwerpunktstudium Ermittlungen	12
18	Transnationale Polizeiarbeit	8
19	Polizeitraining - 3 -	12

Passen Lesben und Schwule ins Polizeibild?

13. VelsPol-Bundestreffen

Nicht immer konnten lesbische Polizistinnen und schwule Polizisten offen leben und lieben. Früher existierte eine richtige Parallelwelt. Heute ist es nahezu selbstverständlich, dass Menschen mit Migrationshintergrund genau so zur Polizeifamilie gehören wie Lesben und Schwule. Dennoch kommt es zu Missverständnissen und zu Fragen zur Akzeptanz: In wie weit lesbische Polizistinnen und schwule Polizisten in das Bild passen, das die Gesellschaft von Angestellten und Beamten im Polizeidienst haben will, galt es u. a. herauszufinden auf dem 13. Bundesseminar des Verbandes lesbischer und schwuler Polizeibediensteter vom 5. bis 7. September in Bernau bei Berlin.

Polizeiangehörige aus Deutschland und Österreich waren zum Treffen nach Bernau gekommen.

Darunter viele, selbst nicht homosexuell, die mit dem Thema Gleichstellung betraut sind oder

als soziale Ansprechpartner fungieren.

Polizeipräsident Dieter Glietsch aus Berlin sprach neben seinen Amtskollegen aus Potsdam, Barnim und Frankfurt/Oder über die Glaubwürdigkeit der Polizeiarbeit und Wichtigkeit des Bundestreffens. Der brandenburgische

„ Ich bin ebenso sicher, dass wir von dem Maß an Akzeptanz, das im Hinblick auf die religiöse Orientierung heute selbstverständlich

ist, hinsichtlich der sexuellen Orientierung auch in der (Berliner) Polizei noch weit entfernt sind.

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte müssen durch ihr Auftreten jederzeit und überall verdeutlichen, dass gegenseitiger Respekt im Umgang miteinander die Grundlage eines funktionierenden demokratischen und rechtsstaatlichen Gemeinwesens ist. Toleranz, Solidarität und Achtung vor der Würde jedes Menschen können nicht nach Außen vermittelt werden, wenn sie nicht auch innerhalb des Kollegenkreises gelebt

werden. Deshalb muss es für jeden Polizisten und jede Polizistin selbstverständlich sein, dass kein Kollege und keine Kollegin diskriminiert werden darf, weder wegen seiner sexuellen Orientierung noch aus anderen Gründen. “

Aus dem Grußwort des Berliner Polizeipräsidenten Dieter Glietsch

Innenminister Schönbohm ließ sich mit Hinweis auf seinen vollen Terminkalender entschuldigen.

Das Thema Geschichte nahm einen breiten Raum während des diesjährigen Bundestreffens lesbischer und schwuler P olizei-bediener ein:

Deutschen Bundestages mit einer Führung durch das Reichstagsgebäude. Zu politischen Gesprächen standen die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (DIE LINKE), Volker Beck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und der FDP-Bundestagsabgeordnete Michael Kauch zur Verfügung.

Das diesjährige Bundestreffen war geprägt durch internationale Begegnungen und kulturelle Vielfalt. Gespräche führten zu einem regen Gedankenaustausch und zu einer Erweiterung des eigenen Horizontes.

Für die gute Organisation möchten wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen aus Berlin & Brandenburg bedanken.

Außer Frage stehen Teilnahmen an den Paraden zum „Christopher Street Day“ im kom-



Kranzniederlegung im KZ Sachsenhausen

Foto: Wolter

Isaak Behar erzählte über sein Überleben als „U-Boot“ in Berlin zwischen 1942 und 1945. Der Tag seines Vortrags war sein 84. Geburtstag. Es war bewegend und spannend zugleich, bis zur letzten Minute.

Ralf Oberdörfer vom HISTOX- Institut für Geschichtsarbeit in Berlin hielt ein Referat über Homosexualität während der NS-Zeit.

Höhepunkte des Treffens war der Besuch der Gedenkstätte KZ Sachsenhausen mit einer Kranzniederlegung am Mahnmahl der homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus und ein Besuch des

menden Sommer. Wir wollen offensiv darstellen, dass lesbische und schwule Polizeiangehörige in allen Bereichen und Laufbahnen des Polizeidienstes ihre Arbeit genau so gut erfüllen, wie ihre heterosexuellen Kolleginnen und Kollegen.

Auf ein Wiedersehen 2008 freuen wir uns schon!

**Andreas Meßollen
(PP Düsseldorf),
Wolfgang Krömker
(PK Osterholz),
Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen
bei der Polizeidirektion
Oldenburg**

Liebe verdient Respekt

Auch Angelika Wolter, Schwulen- und Lesbenbeauftragte des Zentraldienstes der Polizei (ZDPol) des Landes Brandenburg nahm wiederum am VelsPol-Bundesseminar teil. Hier ihre Reflexionen:

Vor zwei Jahren habe ich schon einmal an einem Bundesseminar von VelsPol teilgenommen. Bis dahin wusste ich noch nichts von dieser Organisation, vielleicht auch, weil kein Schwuler und keine Lesbe bis dato meine Hilfe benötigte.

Ich hatte mich zum Seminar angemeldet, weil ich in dieser Funktion mitreden wollte, wenn ich gebraucht werde, denn ich bin eine „Hete“, wie ich gelernt habe, d. h., ich bin „normal“ (wer legt eigentlich fest, was „normal“ ist?).

Auf diesem Seminar habe ich Kolleginnen und Kollegen kennen gelernt, die mich selbstverständlich in ihrer Mitte aufgenommen haben, obwohl ich in diesem Kreis „anders“ war. Ich wurde nicht ausgegrenzt, obwohl über viele sehr persönliche Schicksale gesprochen wurde.

Es hat mich unendlich wütend gemacht, als ich hörte, wie aus gesunden, lebensfrohen Menschen Patienten wurden, weil sie sich in Therapie befinden und in psychologischer Behandlung sind. Wer macht diese Menschen zu Patienten – ihre Umwelt, die Familie, die Kollegen, Menschen wie Du und ich?

Ungewohnt war es, mit einer lesbischen jungen Frau das Zimmer zu teilen, weil es für mich war als hätte ich einen „normalen“ Mann im Nachbarbett. Aber wer weiß das schon im alltäglichen Leben? Den Wenigsten sieht man „es“ an.

Eine Laune der Natur

Es ist schon paradox: Ich war auf einer Veranstaltung mit Schwulen und Lesben mit einer transsexuellen Frau auf dem Damenklo und: Ich lebe noch, es

ist nicht ansteckend! Es ist eine Laune der Natur.

Am ersten Tag wurden wir damals zum offiziellen Empfang im Polizeipräsidium Berlin vom Schirmherrn des Bundesseminars, dem Polizeipräsidenten in Berlin, Dieter Glietsch eingeladen. Es wurden Reden geredet, die Presse war da und es gab ein kaltes Büfett. Auch der Führungsstab des Präsidenten war anwesend. Einige davon fühlten sich sichtlich unwohl. Einer erkannte eine Teilnehmerin des Seminars aus früheren Zeiten und wunderte sich, dass er sie plötzlich in diesem illustren Kreis antraf. Nachdem Sie ihm bestätigte, dass sie immer noch „normal“ wäre, erzählte er ihr, dass einer seiner Zwillinge sich auch vor kurzem „geoutet“ habe und dass er nachvollziehen könne, was in den „Betroffenen“ vor sich geht.

Da ist es wieder, das Phänomen: Zwillinge – einer davon schwul – eine Laune der Natur.

Im Seminar wurde gefragt, wie die Kolleginnen und Kollegen ihre Neigung ihrem sozialen Umfeld „gebeichtet“ haben. Da gab es Eltern, die ihr Kind zum Arzt (!) schicken wollten, und andere, deren Oma fortschrittlicher war als die eigene Mutter.

Auch ich habe schon darüber nachgedacht, wie es wäre, wenn sich mein Sohn oder meine Tochter zu einer gleichgeschlechtlichen Lebensweise bekennen würden. Sicher würden mir auch tausend Dinge durch den Kopf gehen, aber aus Sorge, denn die Menschen können grausam sein. Wie wäre es denn, wenn der, der sich abfällig über Schwule und Lesben äußert, morgen im Rollstuhl sitzt und als Krüppel beschimpft werden würde?

Menschen, die sich zur gleichgeschlechtlichen Lebensweise bekennen, haben es sich nicht ausge-

sucht, aber sie sind glücklich damit. Ist das nicht das Wichtigste?

Es gab einen Kollegen in unserer Runde, dem man auf dem ersten Blick auf der Straße besser aus dem Weg gehen würde. Groß, blond, die kurz geschnittenen Haare am Oberkopf gegelt, tätowiert von den Schultern bis ... naja, jedenfalls trug er zum Empfang beim Polizeipräsidenten Uniform. Das äußere Erscheinungsbild sagt eben nicht immer aus, mit welchem Menschen man es zu tun hat. Vor allem, wenn man ihm zuhörte. Er wusste, wovon er sprach. Jeder, der Schwule und Lesben diskriminiert, hat bei ihm keine Chance. Das heißt aber nicht, dass er nicht über Schwulen- und Lesbenwitze lachen könnte. Es ist wie überall im Leben, der Ton macht die Musik (das können sicher auch die Blondinen bestätigen).

„Mit meinem Bericht möchte ich dazu beitragen, Wissenslücken zu füllen, damit wir fair und menschlich miteinander umgehen.“

Angelika Wolter

Aber nicht jeder Schwule und nicht jede Lesbe hat dieses Selbstbewusstsein und dadurch werden sie leider angreifbar in ihrem sozialen Umfeld. Die Facetten reichen von einer verheirateten (als Mann und Frau) Transsexuellen, die mit ihrer Frau in einer lesbischen Beziehung lebt und einen 16-jährigen leiblichen Sohn hat und sowohl in ihrer Familie als auch auf ihrer Dienststelle akzeptiert wird bis hin zu der Auffassung, dass die Sicherheit der Grenze der Bundesrepublik Deutschland gefährdet wäre, wenn ein schwuler Kollege dort weiterhin seinen Dienst täte.

Warum müssen Schwule und Lesben sich ständig für ihr Sexualleben rechtfertigen? Ich frage doch auch nicht meine Mitmenschen, was bei ihnen hinter der Schlafzimmertür passiert. Nur, weil sie in „normalen“ Beziehungen leben, müssen sie noch lange nicht mit Steinen werfen.

Traurig finde ich auch, dass sich

unser Staat so schwer mit Regenbogenfamilien tut. Manches Kind wäre dort besser aufgehoben als bei den eigenen Eltern oder im Heim.

Es war damals schön, die Mitglieder des VelsPol mit einem eigenen Wagen am CSD (Christopher Street Day) in Berlin wieder zu sehen. Der CSD ist Karneval, verstecken, erkennen, Fröhlichkeit und Lebensfreude, aber auch Mahnung und Gedenken an die AIDS-Opfer und vor allem – eine politische Veranstaltung.

In Warschau fand vor zwei Jahren solch eine politische Veranstaltung von Schwulen und Lesben statt, an der über 4.000 Demonstrantinnen und Demonstranten beteiligt waren. Zwei der Organisatoren wurden angeschossen!

Menschenjagd gab es schon einmal in Deutschland.

Auch in diesem Jahr habe ich am Bundesseminar des VelsPol teilgenommen. Das Programm war prall gefüllt und überaus interessant. Ich habe mich gefreut, einige Gesichter wieder zu erkennen.

Ca. 55 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet und ein Teilnehmer aus Österreich waren angereist – allerdings nur drei Schwulen- und Lesbenbeauftragte (manche nennen sich anders, tun aber dasselbe) aus dem Land Brandenburg und ein Kollege aus Berlin. Schade, denn vor Ort kann man viele gute Erfahrungen machen.

Wir waren in dieser Runde nur drei „Heten“, und wieder muss ich betonen, dass wir in keiner Weise ausgegrenzt wurden, obwohl wir „anders“ waren. Immer war für uns an jedem Tisch ein Platz frei.

Gleich am Anreisetag ging es um das Coming-out. Erschreckend war, dass sich seit meiner letzten Teilnahme vor zwei Jahren nicht viel geändert hat. Es gibt immer noch Prügel in voll besetzten Straßenbahnen und keiner hilft. Beschimpfen, bespucken, verprügeln und erniedrigen – all das ist tatsächlich noch an der Tagesordnung.

Aber es gibt auch immer mehr positive Reaktionen auf das Outing. Und es war schön, auch einige „verpartnerte“ Paare zu sehen (ein furchtbares Wort).

Ich erlebte eine freundliche und ehrliche Zusammenkunft Gleichgesinnter und Verbündeter. So soll es sein, aber eigentlich ist es traurig, dass solche Veranstaltungen

nötig sind, weil die Umwelt das „Anderssein“ noch immer nicht voll akzeptieren kann oder das „Problem“ auf die harte Tour lösen möchte. >

Zeitzeuge

Zwei besonders anrührende Veranstaltungen standen in diesem Jahr auf dem Programm: Einmal: „Versprich mir, dass Du am Leben bleibst.“ – der Bericht eines Überlebenden der NS-Zeit und: „Homosexualität in der NS-Zeit“. Ich habe mich für den ersten Vortrag entschieden, denn es gibt nicht mehr viele Überlebende, die berichten können:

Isaak Bahr hatte es sich nicht nehmen lassen, selbst an seinem 84. Geburtstag als jüdischer Zeitzeuge uns seine Erlebnisse zu schildern. Über sieben Stunden hat er erzählt, und auch nach so vielen Jahren waren seine Emotionen nicht zu übersehen. – Auch die Juden wurden beschimpft, bespuckt, verprügelt und erniedrigt ... Wie sich die Bilder gleichen. Es war ein bewegender Bericht.

Ein weiterer Höhepunkt war die offizielle Eröffnungsfeier des Bundesseminars, zu der Reinhold Dellmann, Minister für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Arne-Christian Feuring, Polizeipräsident Frankfurt/oder, Dieter Glietsch – Polizeipräsident in Berlin und Detlef Graf von Schwerin sowie Vertreter vom Polizeihauptpersonalrat und Kollegen der Gewerkschaften erschienen waren.

Beim Besuch des Deutschen Bundestags in Berlin haben sich Petra Pau und Vorsitzender SPD-Vorsitzender Kurt Beck, die Zeit genommen, unsere Fragen zu beantworten und uns das Haus samt Glaskuppel zu zeigen.

Totgeschlagen, totgeschwiegen ...

Ein weiterer Höhepunkt des

Seminars war die Kranzniederlegung im Konzentrationslager Sachsenhausen, mit der wir derhomo sexuellen Opfer des Nazi-Regimes zu gedachten.

Die Juden wurden mit einem Stern markiert – die Homosexuellen mit einem Rosa Winkel.

Wie sich die Bilder gleichen ... Das Wetter hat sich unserer Stimmung angepasst. Der Himmel hat geweint.

Abschied. Freundliche Worte und Umarmungen habe ich von Menschen mitgenommen, die ich vorher nicht kannte. Das Seminar hat mir wieder ein Stück weitergeholfen, Schwule und Lesben besser zu verstehen. Diese Mühe



Isaak Behar (2. v. l.) erzählte seine Lebensgeschichte: 1923 als einziger Sohn einer Familie sephardischer Juden in Berlin geboren, geht er 1942 (nach der Deportation seiner Eltern und Schwestern in ein Vernichtungslager) in den Untergrund. Als Einziger seiner Familie überlebt er den Holocaust. Seit 1987 arbeitet er in der politischen Bildung. Seine Autobiografie wurde von Steven Spielberg für die „Shoa Foundation“ ausgewählt.

Foto: Krömker

sollte sich jeder machen, der solche Männer und Frauen in seinem Umfeld hat. Es darf einfach nicht sein, dass Menschen Angst haben müssen, sich zu outen.

Das nächste Seminar soll in München stattfinden. Ich würde gern wieder dabei sein.

Angelika Wolter

Fit für neues Layout: Landesredakteurstagung in Geldern

Sie wird dicker und wir sind überzeugt, sie wird ansehlicher. Es geht um unsere Zeitung.

Acht Seiten bekommt sie ab der Januar-Ausgabe dazu und auch ihr Erscheinungsbild wird sich ein ver

Bezirksredakteure mit dem überarbeiteten Layout vertraut zu machen. Insbesondere wird die Umstellung von der bisherigen Vierauf die neue Dreispaltigkeit am Anfang eine Menge Zeilenum-



Layoutschulung mit Gruppen-Problem-Lösung

Fotos: Tetzner

ändern. Sie wird sich – wie das im Zeitungswesen allgemein üblich ist – sanft dem Zeitgeist anpassen. Dem einen oder anderen werden die Veränderungen gar nicht so sehr auffallen, aber im Hinter-

rechnung mit sich bringen. Auch mit den zusätzlichen Gestaltungselementen auf den einzelnen Seiten müssen die Redakteure so souverän umgehen können, dass sie der Druckerei unmissverständlich



Während der Druckereibesichtigung: zwar noch in Einzelteilen, aber unverkennbar – die DEUTSCHE POLIZEI kurz vor der Fertigstellung.

grund müssen die „Macher“ für den Bundesteil, die Landes- und Bezirksteile alle Details im Auge haben, damit die Zeitung ihr einheitliches Gesicht wahren kann.

Daher wurde die diesjährige Landesredakteurstagung vom 29. bis 31. Oktober in Geldern vor allem genutzt, die Landes- und

die Layout-Vorstellungen übermitteln können. Dazu ist es von Vorteil, wenn man die Vorgaben und Abläufe der Druckerei genau kennt. Eine Besichtigung der Druckerei Schaffrath in Geldern stand daher genauso auf dem Programm wie Diskussionen um einen aktuelleren Redaktionsschluss-Termin.

tetz

Kinder brauchen Schutz – so viel wie möglich

1. Kinderschutzkonferenz an der Verwaltungsfachhochschule in Güstrow/Mecklenburg-Vorpommern

Viel ist geredet, geschrieben und angeprangert worden, seit der Fall Jessica aus Hamburg und Kevin aus Bremen das Thema Kindesmisshandlung in den Blick der Öffentlichkeit richteten. Und viele engagierte Menschen haben inzwischen gehandelt – um den Opfern zu helfen, die Bevölkerung zu sensibilisieren, Mut zu machen, genauer hinzuschauen und die Behörden zu informieren. Dieses Ziel verfolgte auch die 1. Kinderschutzkonferenz am 11. Oktober 2007 in Güstrow/Mecklenburg-Vorpommern (MV) an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege (FHöVPR). Darüber hinaus ging es um die Vernetzung der unterschiedlichen Möglichkeiten verschiedener Behörden und Institutionen gegen Kindesmisshandlung und die Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht.

Als der Initiator und Leiter der Konferenz, PD Rainer Becker um 10:00 Uhr morgens die knapp 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bat, die Plätze einzunehmen, stellte der stellvertretende Direktor der Fachhochschule, Dr. Franke, fest, dass der Konferenzsaal schon lange nicht mehr so gut gefüllt war ...

So zeigten u. a. der Landes-sozialminister Erwin Sellering, der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit MV, Karsten Neumann, und der Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales im Landtag Mecklenburg-Vorpommern (FDP) Ralf Grabow, mit ihrem Kommen, dass ihnen das Thema nicht nur verbal wichtig ist. Es bedarf aktiven Handelns. Sozialminister Erwin Sellering wertete diese 1. Kinderschutzkonferenz für die Zukunft unserer Kinder – die unserer aller Zukunft sind – als einen Schritt zur Verbesserung ihres Schutzes vor Gefahren. Gleichzeitig erklärte er, dass die Anregung von PD Becker, eine Kinderschutz-Hotline einzurichten, aufgegriffen wurde und sagte die Freischaltung noch für Dezember dieses Jahres zu; die Hotline werde vom Landesamt für Gesundheit und Soziales des Landes MV betreut.

Datenschützer Karsten Neu-

mann unterstrich die Bedeutung einer Kooperation der verschiedenen am Kinderschutz beteiligten Behörden und Institutionen, die für ihn grundsätzlich nicht im Widerspruch zum Datenschutz steht.

Emotional sehr belastend, weil ungeschminkt real, mit vielen Fakten, Bildern und Video

ten Deutschlands.

Gina Graichen und Michael Havemann wiesen darauf hin, dass in § 225 Abs. 1 StGB zwischen den Tatbestandsmerkmalen „quälen“ und „roh misshandeln“ unterschieden wird und nannten als Beispiel für rohes Misshandeln einen Fall, bei dem sich eine Mutter darüber wunderte, dass ihr Kleinkind in ihrer Abwesenheit immer wieder blaue Flecken und Prellungen am Körper davontrug. Sie installierte heimlich eine Kamera im Schrank. Das Ergebnis war erschütternd: Als das Kind eines Tages im Kinderbett schrie, schubste der genervte Lebensgefährte das Kind so stark gegen die Brust, dass es mit dem Hinterkopf gegen die Bettkante stieß. Weil es nicht aufhörte zu schreien, versetzte der Mann dem Kleinkind mehrere Faustschläge in den Magenbereich. Danach drückte er es mit beiden Händen rücklings so auf den

sagekräftig:

Ein Mädchen von etwa acht Jahren wurde durch ihre Mutter mit dem Po voraus in eine Tonne mit heißem Wasser (zwischen 48°C und 55°C) gesteckt. Bei dem Versuch sich mit Händen und Füßen abzustützen, verbrannte sie sich auch diese. Das Mädchen erlitt Verbrennungen im Po- und Genitalbereich sowie eine lebenslange Verkürzung der Sehnen und Muskeln an Händen und Füßen.

Ein anderes Kind wurde mit einem Dampfbügeleisen roh misshandelt, ein weiteres vom 19-jährigen Lebensgefährten seiner ca. 35-jährigen Mutter „ruhig gestellt“, da das Paar etwas Zeit miteinander verbringen wollte und das Kind schrie. Das Kind ist an den Folgen der „Ruhigstellung“ gestorben.

Ganz klar steht beim rohen Misshandeln die physische Ge-



Geschlagen, verprügelt, gewürgt – Opfer: drei dreijährige Kinder

Fotos: Institut für Rechtsmedizin, Medizinische Fakultät Universität Rostock

unterlegt, war der Vortrag von Gina Graichen und Michael Havemann vom „Fachausschuss für die Bearbeitung von Fällen der Vernachlässigung und Misshandlung von Schutzbedürftigen“ im LKA Berlin. Das in Deutschland einzigartige Kommissariat existiert seit 1984. In Verbindung mit einer Hotline und intensiver Öffentlichkeitsarbeit kommt man dort derartigen Fällen zehnmals so häufig auf die Spur wie in anderen Großstäd-

ten. Bettboden, dass es nahezu erstickt wurde. Arglos stand das Kind danach wieder auf, streckte die Arme in Richtung „Papi“ und wollte getröstet werden. Dieser nahm es auch auf den Arm. Beide verschwanden kurz aus dem Bild, als plötzlich das Kind aus ca. zwei Meter Entfernung und rund einem Meter Höhe mit aller Gewalt in das Bett zurückgeworfen wurde.

Weitere kommentierte Fotos waren mindestens genau so aus-

wahl im Vordergrund. Eltern, die ihre Aggressionen abbauen, ihren Frust am Kind auslassen, ihre körperliche Überlegenheit ausspielen oder das weitergeben, was ihnen einst selbst angetan wurde, stehen ganz oben auf der Verursacherliste.

Leider gab es auch zahlreiche Beispiele für das Quälen von Kindern: So wurde ein etwas 2-jähriges Kind von seinen Eltern gezwungen, seinen Urin aufzulecken. Andere Fälle sind bekannt

geworden, in denen Kinder gezwungen wurden, ihren eigenen Kot zu essen. Einige starben an Salmonellenvergiftung.

Auch für den § 171 StGB, die Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht, wurden Beispiele genannt. Dabei wurde insbesondere das Stichwort Verwahrlosung mit Fotos unterlegt:

Kinder wuchsen in Wohnungen auf, in denen z. B. ein Raum als Müllhalde genutzt wurde. Müllsäcke stapelten sich bis zu 10 cm unter der Decke – Nährboden für Ungeziefer und Krankheitserreger.

Eltern erledigten ihre Notdurft in den Betten, die Windeln ihres Kleinkindes wurden nicht gewechselt.

Ein geöffneter Kühlschrank sah von weitem gut gefüllt aus; bei näherer Betrachtung waren die Lebensmittel mit Maden durchsetzt.

Während sich nach den Erfahrungen der Berliner Experten Kindesmisshandlung durch alle Schichten – vom Hartz IV-Empfänger bis hin zur so genannten gut situierten Schicht – zieht, erheben sich die Fälle der Kinder vernachlässigung fast ausschließlich in einem sozial schwachen, meist von Arbeitslosigkeit geprägtem Milieu.

Berliner Methoden

Das LKA Berlin hat eine große Werbekampagne initiiert, die sich an potentielle Hinweisgeber richtet. Überall in der Hauptstadt wurden Plakate mit einem provozierenden Bild und eingängigen Leitsatz zum Thema „Kindesmisshandlung“ mit einem Hinweis auf eine beim Fachkommissariat geschaltete Hotline aufgehängt. Mit Erfolg: Die Hotline wurde bekannt und genutzt, zahlreiche Hinweise auf Vernachlässigung oder Misshandlung von Kindern gingen ein – viele anonym. In besonders schwerwiegenden Fällen fahren die Kolleginnen und Kollegen sofort vor Ort. Ansonsten nutzen

sie die Kontakte zu allen Institutionen, die sich mit dem Thema befassen müssen.

Die Beamtinnen und Beamten des Reviereinzeldienstes und der Kriminalkommissariate werden ständig geschult und so auf den neuesten Stand gebracht.



PD Rainer Becker, Initiator der 1. Kinderschutzkonferenz in MV, setzt sich intensiv für eine effektive Vernetzung aller Behörden ein, die für den Schutz von Kindern zuständig sind.

Foto: NDR

Und als wichtig wurde empfunden, dass hier verschiedene Behörden miteinander ins Gespräch kamen, sich über Sichtweisen und Arbeitsmethoden austauschten – auch im Land MV ist eine Vernetzung noch sehr ausbaufähig.

Darum ging es insbesondere dem zweiten Referenten, dem Veranstaltungsleiter Rainer Becker. Sein Thema: „Vernachlässigte und misshandelte Kinder – nur eine Aufgabe der Jugendämter?“

Diese provokative Fragestellung hat ihren Ursprung in den verschiedenen Zuständigkeiten von Polizei und Jugendämtern: Bei Fragen des Kindeswohls sind die Jugendämter originär zuständig und die Polizei lediglich subsidiär. Es sei denn, es sind Straftaten gegen Kinder wie die §§ 171, 223, 224, 225 StGB zu verhüten. Hierfür ist wiederum die Polizei originär zuständig.

Da sich die Aufgaben dieser zwei verschiedenen Behörden hier offensichtlich tangieren, muss gute Kooperation vorprogrammiert werden, um schneller Kenntnis über eine Vernachlässigung oder Misshandlung von

Kindern zu erlangen und schneller und effektiver zum Wohl betroffener Kinder intervenieren zu können.

Part der Polizei

Es ist durch den Gesetzgeber vorgesehen, dass nach § 11 SOG MV andere Behörden – wie das Jugendamt – im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeit mit den Polizeibehörden zusammenarbeiten und sich gegenseitig über Vorkommnisse und Maßnahmen von Bedeutung unterrichten. Des Weiteren soll sowohl bei Gelegenheit anderer Anlässe als auch im Rahmen der Streifentätigkeit vermehrt auf Kinder Acht gegeben werden. Sollte im Rahmen der Streife ein Kind angetroffen werden, bei dem der Anschein besteht, das es vernachlässigt oder misshandelt wurde, könnte dieses kindgerecht gemäß § 28 SOG MV hierzu befragt werden. Darüber hinaus kommt ggf. eine körperliche Untersuchung betroffener Kinder in Betracht, die den Verdacht auf Misshandlung belegen können.

Optimiert kann die Arbeit auch durch eine Verbesserung der (Selbst-)Kontrolle aller Beteiligten werden, indem z. B. Berichtsdurchschriften sowohl an das Jugendamt als auch das örtlich zuständige Familiengericht gehen sollten, denn dieses muss gemäß § 12 FGG von Amts wegen Sachverhalte dieser Art aufklären.

Häufiger als bisher und verantwortungsbewusst sollten die Medien auch bei weniger spektakulären Fällen einbezogen werden, denn es ist bekannt, dass nach Medienberichten zum Thema die Bevölkerung zumindest für eine Weile eine höhere Hinweisbereitschaft zeigt.

Schließlich könnte und sollte auch die Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern als polizeiinternes WE (Wichtiges Ereignis) gemeldet werden. Der einzelne PVB (Polizeivollzugsbeamter) erfährt damit, dass sein

Handeln vom Vorgesetzten bis hin zum Innenministerium als wichtig erachtet wird.

Part der Bürger

Aber nicht nur die Polizei, auch die Bürgerinnen und Bürger sind wichtige Hinweisgeber. Doch so mancher traut sich nicht oder weiß einfach nicht, wohin mit einem Hinweis, der sich vielleicht gar nicht als haltbar erweist. Hier kann eine Telefonhotline von entscheidendem Vorteil sein. Damit können Hinweise auch anonym entgegengenommen, bewertet und weitergeleitet werden.

Vorträge von Dr. Wolfgang Raack, Amtsgerichtsdirektor a. D., zum Thema „Kinderschutz – nicht ohne Kooperation mit dem Familien- und Vormundschaftsgericht“, von Prof. Dr. Reinhard Wiesner aus dem Bundesfamilienministerium, zum Thema „Der Schutz des Kindes für sein Wohl als Auftrag der Jugendhilfe“ und von Hans Leitner, Leiter der Fachstelle Kinderschutz mit Sitz in Oranienburg zur „Qualifizierung der Kinderschutzarbeit“ rundeten den Kongress ab.

Am Ende gab es viel Applaus und Danksagungen: Vertreter von Amnesty International meldeten sich aus dem Publikum und werteten die Konferenz als überaus gelungen. Auch UNICEF bedankte sich herzlich für die Einladung und den beispielhaften Einsatz für Kinder.

Mit dieser Konferenz wird in MV das Thema keineswegs abgehakt. Die nächste ist bereits für den Herbst kommenden Jahres avisiert – mit dem Schwerpunktthema „Stand und Möglichkeiten behördlicher Vernetzungen, Aufdeckung von Schwachstellen.“ Bis dahin wird es etliche Schulungen besonderer Zielgruppen wie Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen und Lehrer, Ärztinnen und Ärzte geben – auch hier wird sich PD Becker intensiv einbringen.

Kindheit – Wiege der Persönlichkeit

Psychosoziale Folgen von Vernachlässigung und Misshandlung in der Kindheit

Tiefenpsychologische und psychoanalytische Forschung ist seit über 100 Jahren bemüht, Beschwerden, Erkrankungen und Fehlverhalten von Erwachsenen aus den sozialen Bedingungen ihrer Entwicklungsgeschichten abzuleiten und daraus therapeutische Hilfen zu entwickeln. Im Grunde genommen geht es darum, längst vergessene seelische und körperliche Verletzungen in der Kindheit wieder zu erinnern, um sie in der Gegenwart in einer verständnisvollen Beziehung mitteilen und emotional verarbeiten zu können.

Bis heute werden die längst gesicherten Erkenntnisse, dass Erfahrungen aus der Kindheit spätere Folgen zeitigen, noch gerne bestritten. Zugegeben, die Zusammenhänge sind nicht leicht zu erkennen, da die Wirkungen im seelischen Unbewussten ablaufen und erst später Symptome bewirken, wenn die ur-

sprünglichen Ursachen längst vergessen sind. Aber vergessen oder verdrängt ist psychisch eben nicht erledigt und abgeschlossen, sondern die belastenden Ereignisse wirken unbewusst weiter, bis sie eines Tages – meist durch zusätzliche Faktoren ausgelöst – als Beschwerden, Erkrankungen oder Verhaltensauffälligkeiten

verschlüsselt wiederkehren. Deshalb musste die Forschung sich vor allem mit den unbewussten seelischen Funktionen des Menschen beschäftigen und thera-

den Bedeutung der ersten Erfahrungen des Kindes bestätigt worden. Mit der Säuglingsforschung war man nicht mehr auf die Erinnerungsarbeit von Erwach-

Mutter-Vater-Kind-Interaktion als wesentliche Quelle guter oder schlechter Entwicklungsbedingungen für das Kind erkannt und wissenschaftlich gesichert

worden. Und die neurobiologische Forschung hat nachweisen können, wie die ersten Beziehungserfahrungen des Kindes sich in der Gehirnentwicklung – in der Art und Weise der neuronalen Vernetzungen – abbilden und für das weitere Leben hirneurobiologische Prägungen bedeuten.

So besteht heute kein Zweifel mehr, dass die Lebensbedingungen des Säuglings und Kleinkindes auf die Ausgestaltung der Persönlichkeit, der Charaktereigenschaften und der späteren

Verhaltensweisen entscheidenden Einfluss haben.

Auf eine einfache Formel gebracht: Eine gute Kindheit ist eine entscheidende Basis für eine gesunde körperliche und psychische Entwicklung mit Engagement für soziale Gemeinschaft.

Eine schlechte Kindheit dagegen ist verantwortlich für viele körperliche und seelische Erkrankungen und für soziales Fehlverhalten.

Was macht eine gute Kindheit aus?

Kommen wir zur entscheidenden Frage, was eine „gute Kindheit“ ausmacht. Hierbei empfiehlt es sich, die Perspektive des Kindes einzunehmen. Für das Kind geht es um entscheidende Fragen:

1. Bin ich gewollt?
2. Bin ich geliebt?
3. Darf ich so sein wie ich bin oder muss ich werden, wie andere es verlangen?
4. Werde ich in meinen Möglichkeiten erkannt und in meinen Begrenzungen respektiert?

5. Erfahre ich angemessene Förderung, Lehre und Begleitung?
6. Bin ich sozial integriert?

Zum besseren Verständnis der erforderlichen Elternfunktionen teile ich die Erziehungsfehler und Beziehungsdefizite der Eltern in Mütterlichkeitsstörungen und Väterlichkeitsstörungen ein.

Mit „mütterlich“ sind folgende elterliche Funktionen gemeint: zuhören können, sich einfühlend fühlen können, verstehen wollen, gewähren lassen, versorgen, beschützen, bestärken und angemessen begrenzen.

Mit „väterlich“ sind folgende elterliche Funktionen gemeint: fördern, fordern, begleiten, ermutigen, unterstützen, probieren und riskieren lehren, strukturieren und ordnen helfen.

Die mütterlichen und väterlichen Funktionen sind nicht an das Geschlecht der Eltern oder Erziehungspersonen gebunden. Es gibt natürlich auch väterliche Mütter und mütterliche Väter. Aber die unterschiedlichen mütterlichen und väterlichen Eigenschaften sind für die Entwicklung des Kindes unverzichtbar, unabhängig davon, wer diese Funktionen ausübt. Allerdings trägt am Anfang des Lebens die reale Mutter durch die spezifischen Aufgaben, wie sie durch Schwangerschaft, Geburt, Stillzeit gegeben sind, natürlich auch in besonderer Weise Verantwortung für die damit verbundenen mütterlichen Funktionen. Dabei kann der Vater von Anfang an der Mutter in der Kinderbetreuung wesentlich helfen und sie unterstützen, aber er kann diese basalen Funktionen nicht übernehmen. Daneben bleibt die Hauptaufgabe des Vaters, das Kind mit dem Heranwachsenden unterstützend zu begleiten, es praktisch aus der engen versorgenden Beziehung mit der Mutter hinaus in ein eigenständiges Leben zu führen.

Auch die Sozial- und Familienpolitik kann und muss entscheidende Hilfen für die vor- und nachgeburtliche Zeit leisten, wodurch aber auch die Verantwortung für die Entwicklung des



Jeder hat eigene Kindheitserfahrungen und die wirken nach.

Foto: Sven Simon/dpa

apeutische Wege finden, das Unbewusste bewusst werden zu lassen.

Es gibt auch andere gewichtige Gründe, die Forschungsergebnisse zu verdrängen oder gar zu leugnen, weil die Erinnerung an die wirklichen Lebensbedingungen in der Kindheit für viele Menschen ziemlich belastend und irritierend, mitunter sogar bedrohlich sind und deshalb lieber „begraben“ bleiben sollen. In der Tat folgt auf Fragen nach der Kindheit sehr häufig eine abwehrende und bagatelisierende Auskunft etwa derart: „Ich hatte eine schöne Kindheit“, „Meine Eltern haben sich alle Mühe gegeben“, „Ich weiß eigentlich gar nichts mehr über meine frühe Kindheit“, „Es war alles in Ordnung.“ u. a. Aussagen, die einer allmählichen Erinnerungsarbeit nicht mehr standhalten und oft ganz erschütternde Ereignisse verbergen.

Die empirische Forschung psychotherapeutischer Arbeit ist in den letzten Jahren wissenschaftlich durch die Säuglings- und Kleinkindforschung und durch die Neurobiologie hinsichtlich der nachhaltig prägen-

den angewiesen, sondern konnte die Interaktion von Mutter und Kind unmittelbar – videogestützt – beobachten und dabei für das Kind hilfreiche und belastende mütterliche Beziehungsformen erkennen. Überraschend dabei war die Erkenntnis

„ So besteht heute kein Zweifel mehr, dass die Lebensbedingungen des Säuglings und Kleinkindes auf die Ausgestaltung der Persönlichkeit, der Charaktereigenschaften und der späteren Verhaltensweisen entscheidenden Einfluss haben. “

dass das Kind kein „Objekt“ ist, das man durch entsprechende Erziehungsformen müsse, sondern dass es von Anfang an ein „Subjekt“ ist, das mit seinen Möglichkeiten die primären Bezugspersonen auch entsprechend beeinflussen kann. Auf diese Weise ist die Qualität der frühen

Kindes den Eltern nicht wirklich abgenommen werden kann.

„Innen“ muss es stimmen

Wenn wir von Vernachlässigung und Misshandlung in der Kindheit sprechen, dürfen dabei nicht nur die groben – kriminell erfassbaren – Gewaltakte gegen Kinder und Versorgungsdefizite gesehen werden, sondern es muss auch eine viel „feinere“, d. h. nicht sofort erkennbare schlechte Behandlung von Kindern erfasst werden, die in der Einstellung der Eltern zum Kind, in ihrer emotionalen Zuwendung oder Ablehnung besteht und in ihrer Fähigkeit, sich in die Innenwelt des Kindes einzufühlen. Es geht also um die Präsenz der Eltern – ihre tatsächliche und einfühlsame Anwesenheit – es geht um ihre innerste Bestätigungs-

bereitschaft, um die tatsächliche Befriedigungsfähigkeit und den angemessenen Begrenzungsmut.

Wir finden immer wieder Familien, wo nach außen alles in Ordnung ist und auch die Kinder äußerlich bestens versorgt sein können, aber nach innen – in den persönlichen Beziehungen – fehlen Liebe, Einfühlungsvermögen und Bestätigung. Wenn spätere Gewalttäter oder Amokläufer aus „besten Familien“ kommen, kann regelhaft erwartet werden, in den inneren Beziehungsstrukturen der Familien ehemals schwere Beziehungsdefizite, seelische Verletzungen und Abwertungen gegenüber den Kindern zu finden.

Folgende Störungen der Mütterlichkeit und Väterlichkeit kann ich aus den klinischen Erfahrungen darstellen:

Mütterlichkeitsstörungen:

1. „Mutterbedrohung“ – entsteht aus der mütterlichen Ein-

stellung zum Kind: Sei nicht! Lebe nicht!

Das nicht gewollte und nicht wirklich angenommene Kind bleibt innerseelisch in seiner

„Eine gute Kindheit ist eine entscheidende Basis für eine gesunde körperliche und psychische Entwicklung mit Engagement für soziale Gemeinschaft.“

Existenzberechtigung bedroht (Existenzangst). Ein solcher Mensch braucht ein Leben lang Halt, Schutz, Unterstützung und Führung. In der klinischen Ausformung sind es Borderline-Syndrome, die ihre Bedrohungserfahrung häufig gegen sich

selbst oder gegen andere destruktiv ausagieren. Sind viele Menschen in einer Gesellschaft davon betroffen, drohen massenpsychologisch destruktive Ideologien wie Rassenwahn, Fremdenhass, Feindbilddenken, Kriegstreiberei und Verfolgung von Andersdenkenden.

2. „Muttermangel“ – mit der mütterlichen Botschaft an das Kind: Du darfst leben, ich will Dich auch, aber ich kann Dich nicht wirklich lieben, ich habe nicht genug Zeit für Dich.

Die zentrale Angst des Kindes bleibt Objektverlustangst (d. h. Angst, nicht genug Liebe zu erfahren). Der Mensch bleibt unsicher, fühlt sich minderwertig und nicht liebenswert. Er glaubt, durch besondere Leistungen und Anstrengungen sich Liebe verdienen zu können. So kann man zum Leistungsträger einer Gesellschaft werden, ohne je wirk-

liche innere Zufriedenheit und Entspannung zu finden.

In der klinischen Ausformung entstehen so narzisstische Persönlichkeitsstörungen.

Die massenpsychologische Ausformung des Muttermangels erkennt man in der Qualität der Sozialsysteme. Wie werden Minderheiten, Alte, Kranke, Behinderte, Arbeitslose, Sozialhilfempfangler akzeptiert und unterstützt?

3. „Muttermisshandlung“ – mit der mütterlichen Botschaft: Du darfst leben, Du bist mir auch etwas wert, aber ich mag Dich nur, solange Du meine Erwartungen erfüllst.

Der Mensch bleibt abhängig an die Mutter gebunden mit Individualisierungsangst. Muttergebundene suchen ein Leben lang Führung und Orientierung. Sie sind nach außen orientiert, versuchen abzuspüren, was von ihnen erwartet wird und sind leicht durch Suggestionen zu manipulieren. Autonomiebestrebungen bleiben angstbesetzt.

Die massenpsychologische Ausformung ist typisch für eine Marktwirtschaft, die Kunden und Klienten nur solange umwirbt und hofiert, solange sie zahlungskraftig sind und Profit versprechen.

Väterlichkeitsstörungen:

1. Vaterterror – mit der Einstellung des Vaters zum Kind: Du störst, Du bist zu viel. Ich fühle mich bedroht durch Dich!

Dies ist häufig dann der Fall, wenn der Vater von seiner Frau selbst noch mütterlich versorgt sein möchte und mit der Geburt des Kindes einen Konkurrenten erlebt.

Die psychischen Folgen beim Kind sind Einschüchterung, Unsicherheit, Ängstlichkeit, Gehemmtheit – der Rückzug aus Welterkundung und Lebensgestaltung.

Massenpsychologisch finden wir in der Folge von Vaterterror gehemmte, ängstliche Untertanen und Mitläufer einer Gesellschaft oder in der Reaktionsbildung die Revolutionäre und „Vatermörder“.

2. Vaterflucht – mit der Einstellung des Vaters zum Kind: Ich habe keine Zeit für Dich. Ich habe Wichtiges zu tun!

Dem Kind wird Identifikation oder gute Auseinandersetzung mit Männlichkeit und Väterlich-

„ Wenn spätere Gewalttäter oder Amokläufer aus „besetzten Familien“ kommen, kann regelhaft erwartet werden, in den inneren Beziehungsstrukturen der Familien ehemals schwere Beziehungsdefizite, seelische Verletzungen und Abwertungen gegenüber den Kindern zu finden. „

keit entzogen und verweigert. Die Kinder bleiben Muttersöhne und Muttertöchter, die nicht selten schwach, strukturlos, ohne Ziel und Ehrgeiz ihr Leben verbringen und am liebsten nur versorgt sein möchten. Da sie oft keine Anstrengungsbereitschaft entwickeln konnten, fehlt ihnen auch die Freude an Leistung und Erfolg.

Ein Ausgleich für die Vaterlosigkeit wird dann gesellschaftlich gern bei den „weichen“ Autoritäten gesucht, wie sie in esoterischen, ökologischen und alternativen Lebensentwürfen häufiger zu finden sind.

3. Vatermissbrauch – mit der Einstellung des Vaters zum Kind: Mach mich stolz, mach mich „unsterblich“ durch besondere Leistungen.

Der Vater ist der Antreiber für Höchstleistungen, der Trainer, der seine Sprösslinge zu Siegern machen will, wodurch ein Erfolgs- und Stärkekult gefördert wird, der Egoisten erzieht, die immer besser und erfolgreicher sein müssen als andere. So werden Macht- und Konkurrenz-

strukturen von Machos und Emanzen bedient, in denen Verbundenheit, Gemeinschaft und Solidarität missachtet und abgewertet werden.

Auf der Grundlage dieser Einteilung können die psychosozialen Folgen von Vernachlässigung und Misshandlung im Kindesalter im erweiterten Sinne verstanden werden: Die Mütterlichkeitsstörungen führen zur Beeinträchtigung des Berechtigungsgefühls, der Bindung, der Bestätigung und der Identität. Menschen, deren Existenzberechtigung von Anfang an in Frage stand, bleiben ein Leben lang misstrauisch, vorsichtig, unsicher und fühlen sich schnell und leicht bedroht, weshalb sie zu paranoiden Projektionen und Verschwörungstheorien neigen – also im Gegenüber oder in Formenden stets einen Feind vermuten und eine Gefahr befürchten. Damit wächst das Bedürfnis, sich zu sichern und Gruppen und Institutionen zu suchen, die sich stark bis militant geben oder es tatsächlich sind und eine Sicherheitspolitik zu unterstützen, die Bedrohungen ausmacht und sich dagegen rüsten will.

Vorprogrammierte Konflikte

Menschen mit Bindungsunsicherheit, häufig als Folge zu früher Trennung von der Mutter oder unzuverlässiger Präsenz der Mutter, entwickeln für ihre späteren Beziehungen häufig eine Konfliktlage aus Bindungssehnsucht und Bindungsangst. Sie können schwer vertrauen, dass jemand zuverlässig bei ihnen bleibt, und leben deshalb lieber auf Distanz, ohne feste Beziehungen eingehen zu wollen. Oder sie sind in Gefahr, in Beziehungen aus ihrer Angst und Bedürftigkeit so sehr zu klammern, zu fordern und zu kontrollieren, dass damit Partnerschaft und Freundschaften erdrückt werden. Werden Kinder nicht ausreichend geliebt und bestätigt, bleiben in ihnen eine Sehnsucht und Bedürftigkeit, die später durch nichts mehr wirklich

gestillt werden können. Aber eine Einsicht in diese Unstillbarkeit wird meistens nicht erreicht, so dass alle Anstrengungen, doch noch geliebt und bestätigt zu werden, leicht süchtigen Charakter bekommen. So entstehen Arbeitssucht, Leistungssucht, Erfolgssucht, Geltungsdrang, Besitz- und Machtgier. Aber auch Bemühungen, sich abzulenken oder die innere Unzufriedenheit und den Bedürfnisdruck zu dämpfen, führen leicht zu einer Vergnügungssucht, Spielsucht oder auch Sexsucht. Dass in diesem Zusammenhang dann auch Alkohol und Drogen eingesetzt werden, um die inneren Spannungen unerfüllter Bestätigung und Befriedigung zu betäuben, wird leicht verständlich.

Und wer als Kind wenig Chancen und Unterstützung hatte, seine eigenen Möglichkeiten zu entdecken und in seinen Grenzen

„ Die Zukunft einer Gesellschaft hängt immer von der Qualität der Betreuung und Versorgung der Kinder ab. „

respektiert zu sein, der bleibt ein Leben lang abhängig, gesagt zu bekommen, was richtig oder falsch, gut oder schlecht ist. Die Selbstwahrnehmung und Selbsterfahrung sind nicht ausreichend ausgebildet, so bleiben Abhängigkeit und der Wunsch, geführt zu werden, bestehen, was natürlich auch allen verlogenen Verheißungen, falschen Versprechungen, allen Suggestionen und Manipulationen Tür und Tor öffnet, so dass aus den von sich selbst entfremdeten Kindern am Ende auch unkritische Mitläufer und willfährige Mittäter werden können. Wenn Kinder ungerecht behandelt werden, schwer gekränkt und seelisch verletzt werden, wenn sie grobe Gewalt erfahren und dadurch eingeschüchtert werden, bleiben immer auch

Hass- und Rachedgedanken, auch wenn diese ins Unbewusste verdrängt werden und durch besonderen Gehorsam, durch betonte Dienstbarkeit und Beflissenheit unter Kontrolle gehalten werden. Der damit verbundene Gefühlsstau ist eine Quelle für spätere psychosomatische Erkrankungen im Herz-Kreislauf-System, im Magen-Darm-Trakt oder im Bewegungsapparat, wenn der Spannungsdruck aufgestauter Aggressionen gegen sich selbst gerichtet wird. Sehr häufig aber lässt der Aggressionsdruck nach Anlässen und möglichen Opfern suchen, die eine Spannungsabfuhr ermöglichen. Solche Opfer sind meistens sozial Schwächere, an denen man sich dann „sieg- reich“ abreagieren kann oder auch Menschen, denen man irgendwelche Schwächen und Fehler nachweisen kann, die dann als Begründung für die Ver- folgung und „Bestrafung“ her- halten müssen. Dies wird meist erkennbar an der Unver- hältnismäßigkeit von realer Schuld und geforderter Strafe.

Kompensations- und Positionssuche

Jeder Gewalttäter ist ur- sprünglich selbst Opfer von Kränkung, Gewalt und seelischer Verletzung gewesen. So bleibt die bestmögliche Betreuung und Begleitung von Kindern auch die wichtigste Prophylaxe gegen eine spätere Neigung zu Gewalttaten.

Aber nicht jedes misshandelte Kind wird zwangsläufig ein Gewalttäter. Die aufgestauten Affekte kann man eben auch gegen sich selbst richten und daran erkranken oder auch in sozial anerkannten Rollen und Funktionen austragen (z. B. im Sport oder in Machtpositionen). Aber auch die vielen kleineren „Gewaltakte“ in zwischen- menschlichen Beziehungen – auf dem Schulhof, in der Partner- schaft, gegen Vorgesetzte und Mitarbeiter, im Straßenverkehr, gegen Andersdenkende und Fremde, gegen Außenseiter und gegen Menschen mit irgend-

welchen Stigmata – dienen oft der Abfuhr aufgestauter seeli- scher Verletzungen aus den frü- hen Erfahrungen und führen tra-

„ So kann neuro- physiologisch das Sprichwort, dass die Zeit Wunden heilen würde, hinsichtlich seelischer Verletzun- gen nicht bestätigt werden. „

gischer Weise zu quälenden Beziehungsstörungen in der Ge- genwart.

Die Zukunft einer Gesell- schaft hängt immer von der Quali- tät der Betreuung und Versor- gung der Kinder ab. Seelische und körperliche Verletzungen und Kränkungen in der Kindheit zeitigen immer spätere Fol- gen, weil die ersten und frühen Erfah- rungen des Kindes prägenden Charakter dadurch bekommen, dass sie sich in den sich entwickelnden Gehirnfunktionen blei- bend abbilden und praktisch wie eine Schablone für die spätere Erlebnisverarbeitung wirken. So kann neurophysiologisch das Sprichwort, dass die Zeit Wunden heilen würde, hinsichtlich seelischer Verletzungen nicht bestätigt werden. Traumatische Erfahrungen in der Kindheit schränken die Freiheit der Hirn- funktionen wesentlich ein, so dass nur noch selektiv wahrge- nommen und nicht mehr situativ- spontan und realitätsgerecht re- agiert werden kann. Es soll vor allem die Erinnerung an schmerzliche oder bedrohliche Erfahrungen verhindert werden, so dass dadurch der Lebens- radius und die Entfaltungs- möglichkeiten erheblich einge- schränkt werden. Nicht selten werden dann auch Verhaltens- weisen entwickelt, die erlebte Schmach kompensieren oder auch in verzerrter Form Rache ermöglichen sollen. So entwick- eln sich ehemalige Opfer zu späteren Tätern. Verunsicherte

und eingeschüchterte Kinder können später durch besondere Macht und Stärke ausgleichen wollen, was sie erleiden mussten. Auch erfahrene Gewalt wird so weitergegeben und später ande- ren angetan, was man als Kind selbst hinnehmen musste. Diese Zusammenhänge bleiben aber meist verborgen und erschließen sich erst durch entsprechende Analysen.

So ist die Prävention immer besser als die Therapie. Dazu ge- hört ein gutes Wissen darüber, was Mütterlichkeit und Väter- lichkeit sind und bedeuten. Wie man durch die eigenen Eltern im Guten wie im Bösen behandelt wurde, sollte man möglichst um- fassend erinnern und verarbei- ten, um die belastenden Erfah- rungen eben nicht in die Partner- schaft zu tragen und dann als Vater oder Mutter an die eigenen Kinder weiterzugeben. Das part-

„ Mütterlichkeit und Väterlichkeit sollten als wesentliche Werte in der Gesellschaft gewürdigt werden „

nerschaftliche Zusammenleben, die Veränderungen durch Eltern- schaft, der Umgang mit Kindern, die Qualität der Betreuung sind ganz wichtige Fragen, die gestellt und vermittelt werden sollten. Mütterlichkeit und Väterlichkeit sollten als wesentliche Werte in der Gesellschaft gewürdigt wer- den, „Elternschulen“ könnten individuelle Hilfen vermitteln und die Sozial- und Familienpolitik muss Eltern so ausstatten und unterstützen, dass sie gut und gerne ihre Kinder begleiten kön- nen und in ihrer beruflichen Ent- wicklung dadurch keine Nachtei- le hinnehmen müssen. Die best- möglichste Betreuung und Ver- sorgung der Kinder ist die wicht- igste Investition in die Zukunft.

*Dr. med. H.-J. Maaz
Diakoniewerk Halle,
Klinik für Psychiatrie und
Psychotherapie*

Europa verstehen lernen

Studienfahrt nach Straßburg

Ende August veranstaltete die Karl-Arnold-Stiftung auf Anregung und in Zusammen- arbeit mit der Abtei- lung Bildung der GdP (Bund) ein interessantes Fortbildungsseminar für ge- werkschaftlich interessier- te und engagierte Führungskräfte des höhe- ren Dienstes aus ganz Deutschland. Es gab einen Überblick über unterschied- liche Rechtsstrukturen in Europa, aber auch über Möglichkeiten zur konkre- ten polizeilichen Zusam- menarbeit über Staats- grenzen hinweg.

Unter der Überschrift „Die EU, Institutionen und P olitik- felder, Innen und J ustiz unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zur Republik Frankreich“, begann das vier- tägige Seminar in Bensberg bei Köln mit einem interessanten Vortrag über die Römischen Ver- trägen bis hin zum Entwurf der europäischen Verfassung bzw. dem derzeitigen Verfassungs- vertrag spannte. Am Nachmittag wurde in hervorragender Weise, anschaulich und verständlich durch Prof. Peilert von der Deut- schen Hochschule der Pblizei die institutionellen Möglichkeiten sowie strategischen Erfordernisse einer polizeilichen Zusam- menarbeit in Europa dargestellt. Anschließend referierte PD Pukallus über die praktische Sei- te der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Beispiel der Euroregion Saarland-Loth- ringen-Luxemburg. Am zweiten Seminartag erläuterte uns in

Straßburg ein Mitarbeiter des EU-Bürgerbeauftragten in den Räumen des Europäischen Parlaments die Aufgaben dieser Behörde. Auch wenn der Referent von der Wichtigkeit seiner Behörde überzeugt war, so blieben nicht nur bei mir Zweifel an der Effizienz dieser Einrichtung.

Einer kurzen Besichtigung des Straßburger Münsters und der Stadt Straßburg folgte ein Vortrag zur Entstehung, den



Vor dem Europarat Foto: Behle

Rechtsgrundlagen und den Organen des Europarates, der 1949 gegründet wurde und somit älter als die Europäische Union ist und häufig mit dieser verwechselt wird.

Nach dem Besuch des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hörten wir am Abend ein Referat des stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Hugo Müller über aktuelle Gewerkschaftspolitik – vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen durch die Föderalismusreform.

Am dritten und vierten Tag standen die polizeilichen Themen im Vordergrund. Es begann mit der Besichtigung des Gemeinsamen Zentrums der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Kehl. Die beiden Verantwortlichen der deutschen und der französischen Seite, Alexander Ulmer und Jean-Michel Brevet,

stellten die Organisation und die Aufgabenstellung dieses rundum-die-Uhr besetzten Zentrums dar. Auch wenn es von der Vertragsgrundlage her grundsätzlich nur für das Saarland und die Grenzregionen zu Frankreich in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, sowie auf französischer Seite für die Regionen Elsass und Lothringen zuständig ist, werden dort doch Anfragen aus ganz Deutschland und Frankreich bearbeitet. Auch steht das Zentrum mit allen anderen europäischen Zentren in Verbindung, so dass eilige Anfragen von Portugal bis Polen an die zuständige Stelle weitergeleitet und einer Lösung zugeführt werden können.

Mitgenommen haben wir den Eindruck, dass die Zusammenarbeit der Polizeien in Europa, wenn es darauf ankommt, doch besser funktioniert, als vielfach vermutet.

Aufbau, Strukturen, regionale und nationale Dimensionen, Kompetenzen und politische Führung der Polizei der Republik Frankreich standen nachmittags auf dem Seminarplan. Und am letzten Seminartag wurden die Aufgaben und Strukturen der französischen Kriminalpolizei sowie die Problemfelder der grenzüberschreitenden Rechtshilfe dargestellt. Neben teilweise unterschiedlichen rechtlichen Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten der Einbindung von Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichtern stand dabei im Vordergrund, die Ergebnisse von Rechtshilfeersuchen gerichtsverwertbar in das jeweilige Strafverfahren einbinden zu können.

Insgesamt war es ein sehr interessantes Seminar, das neben der fachlichen Information auch vielfältig Gelegenheit zum Gedankenaustausch bot. Da es als Pilotseminar angelegt war ist zu erwarten, dass es in dieser oder ähnlicher Form wiederholt werden wird. Wer dann Gelegenheit zur Teilnahme hat, sollte diese nutzen.

Wilfried Pukallus

Maler und Philosoph – Peter Jäckel und die Gruppe SICHT ART

Wie in der Juli-Ausgabe angekündigt, stellen wir in der DP unter der Rubrik „Vorgestellt“



in loser Folge Mitglieder unserer Gewerkschaft mit ihren speziellen Hobbys vor – ob sie nun fotografieren, singen, schreiben, malen, etwas Besonderes sammeln oder spezielle Sportarten treiben ...

Heute: Peter Jäckel aus Köln. Er malt.

Peter Jäckel ist 1971 zur Kölner Polizei gekommen und kennt sowohl Streifen- als auch Hundertschaftsdienst, war beim SEK eingesetzt und bei der technischen Sondereinheit. Zuletzt war er beim Staatsschutz.

Seine Malrichtung nennt er „philosophischer Surrealismus“ und bietet dem Betrachter damit Bilder mit Tiefenwirkung – von der Perspektive her, aber auch vom Inhalt.

Darin spiegeln sich seine beiden Studienrichtungen, die er neben dem Polizeiberuf absolviert hat, wider: Er studierte von 1994 bis 2000 bei Prof. Jürgen Knabe in Köln Malerei und von 2003 bis 2006 Philosophie für Kunstgeschichte und Literatur.

Bekannt wird er dem einen oder anderen auch als Karikaturist in Sachen „Kölner Polizei“ sein.

1992 war er einer der Mitbegründer der Gruppe SICHT ART – eine Vereinigung von

Künstlern unterschiedlichster Ausprägung und vollkommen unterschiedlichen stilistischen Darstellungsweisen. Eines allerdings verbindet alle: Sie haben sich die Aggressivität des Menschen gegen die Natur, gegen Kinder, Minderheiten und gegen sich selbst zum zentralen Thema gemacht.

Mit SICHT ART setzt sich zum ersten Mal eine vereinigte Gruppe von Künstlern mit negativen menschlichen Eigenschaften wie Machthunger, Gewalttätigkeit und Zerstörungswut aus-

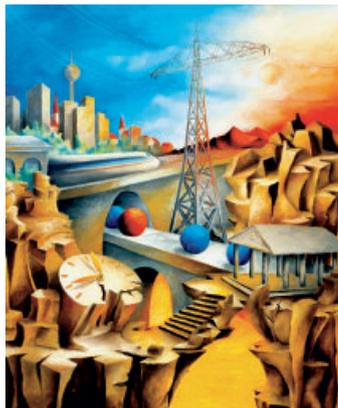


Peter Jäckel vor seinem Zeit-Bild „Durch die Geschichte“ – von der Gegenwart bis zur Vergänglichkeit

einander: Sie wollen diese Eigenschaften sichtbar machen und damit zum Nachdenken anregen – über den Inhalt des einzelnen Werkes hinausgehend.

In der Gruppe SICHT ART haben sich Polizeibeamte und Mitarbeiter des Landes Nordrhein-Westfalen zusammengeschlossen. Alle haben neben dem Polizeidienst ein abgeschlossenes Kunststudium der Malerei. Die

Gruppe hat ihre Werke bereits im Presseclub Bremen, im Museum Solingen, in der Thüringer Landesvertretung in Berlin und im Bundesinnenministerium in Berlin gezeigt. Selbst in Italien hat sie zum Thema Gewalt ausgestellt. Aber auch Ausstellungs-



„Elektron“ – Energie in unserer Umwelt

orte wie Schulen, Seniorenwohnheime werden nicht ausgebaut. Wo immer die Bilder zu sehen sind, gibt es rege Diskussionen unter den Betrachtern, aber auch mit den Künstlern.

Darüber hinaus hat Peter Jäckel in diesem Jahr ein Projekt ins Leben gerufen: Malen mit Kindern in Schulen und Kindertagesstätten. Thema: Gemeinsames Malen an einem Großbild. Hierbei sollen die Kinder lernen, gemeinschaftlich zu arbeiten, Aggressionen abzubauen, sich gegenseitig zu achten und zu helfen. Dieses Projekt läuft zurzeit im Oberbergischen Bereich. Erfahrung mit diesem Projekt konnte er bereits im vergangenen Jahr in München in einem Kinderhaus sammeln.

tetz

Wer sich mit der Gruppe SICHT ART in Verbindung setzen will – auch, um mögliche Ausstellungen zu vereinbaren – kann sich an den Organisator der Gruppe, Theo Meyer, wenden (0211-29 10 120) oder direkt an Peter Jäckel: peter.jaeckel-sichtart@web.de oder 02262 57 20.

Neueste Entwicklung oder Gummigeschosse haben ausgedient

In der Augustausgabe der DP war durch den Kollegen Wolfgang Dicke richtigerweise die Situation der vergangenen Jahre bei der möglichen Anwendung von nichttödlichen Distanzwaffen dargestellt. Die Probleme mit den beschriebenen Techniken sind aus meiner Sicht nach wie vor vorhanden, doch mittlerweile hat sich in dieser Richtung, besonders in den letzten Monaten einiges getan.

Für die französische Polizei sind nach den Krawallen besondere Anstrengungen unternommen worden, um die angesprochenen Probleme zu lösen.

Moderne nichttödliche Distanzmittel haben nur noch wenig mit den sprichwörtlichen Gummigeschossen der 60er und 70er Jahre gemein. Auch wenn diese alten Konstruktionen aus Hartgummi oder Kunststoff weiterhin produziert werden und in weniger auf Bürgerrechte bedachten Ländern immer noch häufig eingesetzt werden, sind sie durch vollständige Neukonstruktionen, die mit ihren Ahnen außer dem Verwendungs-



Modernes Werfersystem mit gezogenem Lauf. Kombinationsgeschosse setzen neben der Wuchtwirkung bei gleicher Zielballistik zusätzlich Reizstoffstaub frei und/oder markieren Gewalttäter mit Farbe.

Anforderungen der amerikanischen Truppen im Auslandseinsatz erfüllte, wurde in den eigenen Picatinny Laboratories mit einer Investition von mehreren Millionen US-Dollar eine nichttödliche Distanzmunition entwickelt, die die folgenden Schwachpunkte der bisherigen Wuchtmunitionen ausmerzen sollte:

- Gefahr schwerer bis tödlicher Verletzungen innerhalb eines relativ großen Sicherheitsabstandes vor der Mündung (häufig 10-15m)
- Schlechte Flugeigenschaften und Präzision, daraus resultierend zu große Streuung jenseits ca. 20m
- Großer Energieverlust im Flug daher kaum noch Wirkung jenseits der 20m-Marke



Treffer aus 30 m (links) und 40 m (rechts) durch einen 40mm-Werfer mit gezogenem Lauf. Dieser liefert auch waffenseitig die nötige Präzision.

zweck technisch kaum noch etwas gemein haben, auf das Niveau von Steinzeittechnik degradiert worden.

Beispielhaft sei hier die Entwicklung der nichttödlichen 40mm-Patrone XM 1006 durch das US-Militär angeführt. Nachdem eine Analyse der am Markt befindlichen Munitionen ergab, dass kein aktuelles Produkt die

Die nun entwickelte Patrone, die nach der Entwicklung der Industrie in Lizenz zur Fertigung gegeben wurde, verbannt alle bekannten Nachteile. Der Sicherheitsabstand konnte durch einen sehr geringen Flugenergieverlust auf 1,5m reduziert und die sichere, effektive Maximalreichweite auf jenseits der 50m gesteigert werden. Moderne Werfersysteme mit gezogenen Läufen liefern hierzu auch waffenseitig die nötige Präzision.

Mehrere nichttödliche Munitionen basieren heute auf dieser Entwicklung. Weiterentwicklungen konnten die Maximalreichweite nochmals steigern und den sicheren Mindestabstand auf nahezu Null reduzieren. Es gibt Kombinationsgeschosse, die neben der Wuchtwirkung bei gleicher Zielballistik zusätzlich Reizstoffstaub freisetzen oder Gewalttäter mit Farbe zur späteren Identifikation markieren.

Als Beispiele für diese modernen Patronen können die Direct Impact und Exact Impact von Defense Technology sowie die Safe Impact Round von Brügger&Thomet genannt werden.

Aber auch auf einer niedrigeren Eskalationsstufe als der der klassischen „Gummigeschosse“ hat sich eine neue Kategorie von nichttödlichen Distanzmitteln entwickelt. Anstatt wie die schweren Wuchtgeschosse in 40mm einen Täter ggfs. auch aufzuhalten und handlungsunfähig zu machen, dient diese Kategorie von Distanzmitteln, deren bekanntester Vertreter das pressluftgetriebene PepperBall-System ist, dazu, in Distanzen bis jenseits der 50m durch Reizstoffübertragung und im Nahbereich von null bis 20m im Direktbeschuss durch Wuchtwirkung gepaart mit Reizstoff Störer dazu zu bewegen, von ihrem Tun abzulassen und gegebenenfalls das Feld zu räumen.

Hierfür werden Geschosse des Kalibers .68 (17mm) mit einer relativ geringen Energie von ca. 12J per Pressluft aus einer Waffe mit einer hohen Magazinkapazität von bis zu 200 Schuss verschossen. Die

Fortsetzung auf Seite 32

Angemerkt

Liebe Seniorinnen,
liebe Senioren,
die Adventzeit hat begonnen und der Jahreswechsel in das Jahr 2008 steht vor der Tür. Wir sollten alle die Gelegenheit nutzen und einmal innehalten und auf das Jahr zurückzublicken.

Ich denke daran, dass im Jahre 2007 wieder wir Seniorinnen und Senioren von Kürzungsmaßnahmen und Einbussen betroffen sind, auch wenn eine Rentenerhöhung prozentual in der Statistik der Bundesregierung auftaucht. In der Realität aber merken wir es nicht entsprechend in unseren Haushaltskassen.

In der Versorgung werden sich anlässlich der Auswirkungen der Föderalismusreform in den Bundesländern und beim Bund sehr unterschiedliche Einkommensveränderungen abzeichnen.

Ich denke daran, dass in den sehr komplexen Feldern der Pflegeversicherung und der Gesundheitsreform Weiterentwicklungen vorbereitet worden sind bzw. diskutiert werden und auf uns zukommen.

Ich denke aber auch an ein Pro-

jekt, das wir als Bundesseniorenvorstand mit voranbringen, nämlich das „Betreute Wohnen“. Es ist ein wirklich wichtiges Projekt, indem sehr viele Detailfragen zu klären sind. Wir werden darüber berichten.

Ich denke auch an die Demonstration in Wiesbaden, in der es inhaltlich um ein Tarifdiktat der hessischen Landesregierung ging. Wir als Pensionäre und Rentner waren dabei, um auch mit den aktiven Kolleginnen und Kollegen solidarisch gegen solch unsoziale und nicht zu akzeptierenden Absichten einer Landesregierung aufzubegehren und um für bessere Lösungen zu streiten und zu kämpfen. Uns war und ist als Seniorinnen und Senioren die Solidarität in unserer GdP-Familie sehr wichtig. Allerdings darf diese Solidarität nicht nur einseitig sein, sondern wir erwarten natürlich auch die Unterstützung der aktiven Kolleginnen und Kollegen, wenn es um unsere Interessen geht.

Im September fand die 7. Bundesseniorenfahrt statt. Warum und wieso auch immer: Unter den 538 Teilnehmern wurde ein Ge-

rücht diskutiert, dass sich irgendwie seinen Weg nach Bulgarien verschafft hat. Zum einen sollte der Geschäftsführende Bundesvorstand darüber nachdenken, ob die Bundesseniorenfahrt zukünftig weiter fortgeführt wird und ob die Betreuung durch die Bundesgeschäftsstelle noch in der praktizierten Form aufrechterhalten bleibt. Gewerkschaftliche Erfahrung wurde dann auch sofort in eine Resolution umgesetzt, die 273 Teilnehmerinnen und Teilnehmer dem zuständigen GBV-Mitglied aushändigten.

Ich möchte es noch einmal in Erinnerung bringen: Die Bundesseniorenfahrten sind nicht nur als touristische Reisen sondern auch als Möglichkeit angelegt, gewerkschaftliche, versorgungsrechtliche und wichtige altersbezogene Positionen der GdP darzustellen. Sie wird aus diesem Grunde personell sowohl organisatorisch als auch inhaltlich von der GdP-Bund vor Ort begleitet. So ist ein ständiger Ansprechpartner für die Teilnehmer da und man ist nicht in einem fremden Land einer fremden Reiseleitung überlassen.

Bereits in der Bundessenioren-

vorstandssitzung am 24.10.2007 haben wir dem Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg und seinem Stellvertreter Bernhard Witthaut unsere Kritik an diesem möglichen Vorhaben deutlich gemacht. Beide haben zugesagt, dass sie für eine Fortsetzung der Bundesseniorenfahrt sind und sich auch dafür einsetzen werden. Der Bundesseniorenvorstand wird die beiden Kollegen beim Wort nehmen und hat noch einmal deutlich gemacht: Eine Bundesseniorenfahrt darf keine Bundesseniorenreise werden. Dies sollten alle, die maßgeblich an diesen Entscheidungen beteiligt sind, bedenken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei allen Problemen, Sorgen und Nöten sollten wir dennoch auch die schönen Seiten des Lebens genießen. Dazu gehören sicherlich auch kleine Ausflüge, Besichtigungen und Reisen. Vielleicht sehen wir uns auf der nächsten Bundesseniorenfahrt wieder.

Ich wünsche allen Seniorinnen und Senioren sowie ihren Familienangehörigen ein gesegnetes und ruhiges Weihnachtsfest ohne Hiobsbotschaften und ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr 2008.

Artur Jung,
Bundesseniorenvorsitzender

Bundesseniorenfahrt 2007 – mehr als eine Urlaubsreise

Freitag, 14. September, gegen 22 Uhr am Abflugflughafen in Frankfurt: Vor den Abfertigungsschaltern waren die GdP-Kofferanhänger unübersehbar. Gegen 1.00 Uhr flogen wir mit einer Maschine der Bulgarien Airline Richtung Bourgas, der Regionalhauptstadt der bulgarischen Schwarzmeerküste. Nach 3,5 Stunden Flug und dem Bustransfer zum Hotel Majestic fielen wir gegen 5.30 Uhr todmüde ins Bett.

Um 10 Uhr begrüßte uns am Morgen im großen Animationsaal des Hotels das GdP-Reisebegleiteteam, Dietmar Michael, Hans Adams – beide hauptamtliche Gewerkschafts-

sekretäre der Bundes-GdP – und Thomas Klein von der GdP-Ser vice-GmbH NRW und informierten uns über das Hotel, die Region zum Aufenthalt sowie den geplanten Aktivitäten.

Unser Hotel Majestic, ein 4 Sterne plus Hotel, liegt am Ende der Strandpromenade des 1959 entstandenen Urlaubsortes Sonnenstrand. Es verfügt u. a. über eine großzügig gestaltete Anlage mit zwei Schwimmbädern (allerdings mit sehr kaltem Wasser) und eine ständig belagerte Poolbar.

Aus unserer Sicht hervorragend war auch das vielfältige Speisenangebot, das am Büffet angeboten wurde. Sowohl Vorspeisen-,

Hauptspeisen-, Nachtisch- und Obstliebhaber fanden eine große Auswahl vor.

Zur Entspannung war bestens der Spa-Bereich des Hotels geeignet. Nach einem türkischen Bad haben meine Frau und ich uns noch eine Aromamassage gönnt. Alle, die in diesem Punkt sparsam waren, haben etwas verpasst!

Fast jeder war im Rahmen eines Ausflugs oder auf eigene Faust mit dem Linienbus oder Taxi zum benachbarten Fischerörtchen Nessebar gefahren. Das Ausflugsprogramm sah dabei noch den Besuch eines Weingutes und eines alten Klosters vor. Aufgrund sei-

ner Architektur hat Nessebar den Status eines UNESCO-Weltkulturerbes – leider war fast an jedem der denkmalgeschützten Häuser Reklame angebracht oder es war ein Laden darin untergebracht. In Sozopol, einem vergleichbaren Ort, der etwas weiter entfernt ist, hat man dies besser gelöst: Die Geschäftslokale und Stände sind dem historischen Ortskern vorgelagert. Leider sind in Sozopol aber weniger alte Häuser erhalten.

Trotz allem waren wir nochmals diesmal mit dem Bus, nach Nessebar gefahren. Die eingesetzten Linienbusse stammen wohl alle ehemals aus Deutschland und

die Fahrt kostet umgerechnet lediglich 35 Cent. Insbesondere in den Abendstunden, wenn weniger Touristen unterwegs sind, kann

Küstenbereich überblicken zu können.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen die beiden vom GdP-



Ankunft einer ersten Reisegruppe in Burgas Foto: Hartmut Giesert

man die Atmosphäre des Ortes besser genießen. Zu empfehlen sind die vielen Lokale, in denen frischer Fisch lecker zubereitet und günstig angeboten wird.

Fast alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fahrt haben an dem Show- und Varieteabend im nicht weit entfernten Königszelt

Reisebegleiteteam organisierten großen Abendveranstaltungen, durch deren Programm jeweils gekonnt Dietmar Michael mit Unterstützung von Mila, einer vor Ort tätigen Reiseleiterin, führte. Bei der großen GdP-Animation standen die Aktivitäten der Mitreisenden im Vordergrund. Neben einem Tanzwettbewerb wurde traditionell auch Bingo gespielt.

Der große GdP-Abend stand ganz im Zeichen hochrangiger bulgarischer Künstler – von Folklore, über moderne Streichermusik bis hin zu Steptanz und Pantomime wurde ein repräsentativer Querschnitt bulgarischer Kunst dargeboten.

Allerdings ist eine Bundes-seniorenfahrt mehr als Urlaub, oder wie es der stellvertretende Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut bei einem Kurzbesuch vor Ort ausdrückte, keine Reise, sondern eine Fahrt mit gewerkschaftlichem Bezug, gewerkschaftlicher Orientierung und Information.

In diesem Sinn kam eine große Anzahl von Zuhörern zu dem Vortrag des stellvertretenden Bundes-seniorenvorsitzenden der GdP, Wolfgang Jung zum Thema „Älter werdende Gesellschaft“. Der Inhalt des Vortrages sorgte auch in den folgenden Tagen noch für eine intensive Diskussion, denn unse-

re Gewerkschaft muss dazu, auch zur Frage der Lebensarbeitszeitverlängerung und der Frage des Versorgungsniveaus, klar Stellung beziehen und an der Lösung dieser vermeintlichen oder tatsächlichen Konfliktstellung zwischen Alt und Jung beitragen. Dabei blieb es nicht aus, dass zwischen den Reise-teilnehmern in sehr offener Form Renten- bzw. Pensionsleistungen für Menschen in den neuen Bundesländern bzw. auch das unterschiedliche Renten- und Versorgungsniveau in Ost und West diskutiert wurden. Auch hier standen die beiden Gewerkschaftssekretäre Dietmar Michael und Hans Adams für Fragen zur Verfügung. Insbesondere Hans Adams als ausgewiesener Fachmann auf dem nicht immer einfachen Gebiet der Versorgung konnte viele Fragen beantworten und erläutern. Und dies nicht nur zu

Spannung wurde deshalb auch der Vortrag des stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut erwartet. Neben den Themen Föderalismusreform und Versorgung wies er auch auf die derzeitige Altersstruktur in Deutschland und die demographische Entwicklung hin und machte deutlich, dass sich die GdP in ihrer Struktur verändern müsse und derzeit entsprechende Überlegungen angestellt würden, da zukünftig jedes Bundesland und der Bund für seine Beamtinnen und Beamten Besoldungs- und Versorgungsregelungen treffen können und damit jeder GdP-Landesbezirk sich mit diesen landesspezifischen Regelungen beschäftigen müsse.

Bereits zu Beginn seiner Ausführungen hatte Bernhard Witthaut die Bedeutung der Bundes-seniorenfahrt betont und sich ein-



Nach dem Passieren des hotel-eigenen, sehr gepflegten Grünstreifens gelangte man zur Promenade und dahinter gleich zum breiten Strand und dem zu dieser Zeit immer noch angenehm temperierten Schwarzen Meer (24 bis 27 Grad). Foto: DM

diesem Thema, sondern auch im Zusammenhang mit seinem Vortrag zum Thema „Dienstrecht nach der Föderalismusreform“. Vielen in der Gruppe der Senioren waren diese Auswirkungen gar nicht bewusst – so insbesondere auch nicht, dass die Anpassung der Ostgehälter auf Westniveau nunmehr von jedem der östlichen Bundesländer selbst erfolgen könnte – wenn man es wollte Mit

deutig für die Fortsetzung dieser Veranstaltung ausgesprochen.

Nachdem aber bereits im Vorfeld durch den stellvertretenden GdP-Bundesseniorenvorsitzenden Wolfgang Jung bekannt geworden war, dass der GdP-Bundesvorstand die Durchführung der Bundesseniorenfahrt in der bisherigen Form auf den Prüfstand stellen wolle, hatte eine spontane Unterschriftenaktion stattgefunden; die entsprechende Resolution wurde dem stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden, Bernhard Witthaut, übergeben. Nachdem dieser die möglichen Gründe für eine Änderung erläutert hatte (im Bundesvorstand werde offenbar die Auffassung vertreten,

Seniorenfahrt 2008

Der Geschäftsführende Bundesvorstand hat beschlossen, in 2008 wird wieder eine Bundesseniorenfahrt durchgeführt. Die Zeit bis zum Redaktionsschluss war aber zu kurz, um Verträge mit dem Hotel im Zielgebiet abschließen zu können. Wir werden daher erst in der Januar-Ausgabe der DP die entsprechende Ausschreibung veröffentlichen. Soviel kann aber schon gesagt werden, das Zielgebiet ist wieder der Mittelmeerraum; die Reisezeit wird September/Oktober 2008 sein.

teilgenommen. Dieses Theater in Form eines großen Zeltes wurde dort errichtet, wo einst an strategisch wichtiger, etwas erhöhten Stelle, ein König sein Lager und Zelt aufgeschlagen hatte um den

die begleitenden GdP-Sekretäre würden Arbeitszeit vergeuden und ein bisschen Urlaub machen), regte sich heftiger Widerstand aus den Reihen der Senioren. Überlegungen, eine solch attraktive Veranstaltung nicht mehr in dieser Form durchzuführen, seien ein falsches Zeichen. Da auch in der Argumentation von Bernhard Witthaut das Wort „Urlaub“ im Zusammenhang mit dem Aufenthalt der beiden Gewerkschaftssekretäre gefallen war, gab es dazu eine sehr erboste und von heftigem Applaus begleitete Widerrede eines Kollegen, der es sich verbat, die vor Ort geleistete Arbeit der beiden Organisatoren, täglich bestimmt 10 Stunden und mehr und das auch am Wochenende, auch nur ansatzweise als Urlaub zu bezeichnen.

Mit der Zusicherung, alles in seiner Macht stehende dafür zu tun, dass die Bundesseniorenfahrt weiterhin unverändert durchgeführt wird, verabschiedete sich Bernhard Witthaut nach einer guten Stunde von seinen Zuhörern.

Bleibt mir noch abschließend festzustellen, dass mir die Fahrt außerordentlich gut gefallen hat, ich nicht nur erholt, sondern auch um viele Informationen reicher die Heimreise angetreten habe. Nächstes Jahr sind wir, Gesundheit vorausgesetzt, wieder dabei. Dank sagen möchte ich unserem GdP-Reisebegleiterteam Dietmar Michael, Hans Adams und Thomas Klein für die viele Arbeit in der Vorbereitung und vor Ort, für die Mühen, die wir ihnen gemacht haben, für das Verständnis, dass sie für die vielen, vielen Fragen hatten und auch für die Gelassenheit, mit der sie in den zwei Wochen mit unseren großen Problemen, kleinen Problemen, Problemchen und eigentlich keinen Problemen umgegangen sind.

JWP

**Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht, dass Mila Stamboliwa bei einem Autounfall tödlich verletzt wurde. Im Namen der GdP-Teilnehmer an der Bulgarienfahrt haben wir der Familie zu dem schmerzlichen Verlust kondoliert.*

DISTANZMITTEL

Fortsetzung von Seite 29

Geschosse bestehen aus einer harten, dünnen Kunststoffhülle, die je nach Einsatzzweck mit Reizstoff (Pfefferstaub) oder flüssiger Signalfarbe gefüllt ist. Beim Aufprall platzt die Hülle und der Inhalt wird freigesetzt. Durch einen Beschuss von harten Oberflächen in

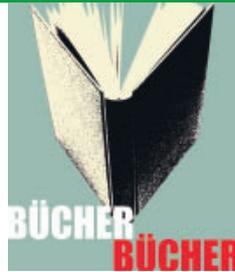


Pressluftgetriebenes Distanz-System mit Übungs-, Wucht-, Reizstoff-, Farbmarkierungs- und Kombinationsmunition
Fotos: Fotomontage Petermann

der Nähe von Personen können diese dem Reizstoff ausgesetzt werden, durch Direktbeschuss kann als Steigerung der Schmerzreiz durch den Aufprall hinzugefügt werden. Dadurch können die Reihen der Störer so ausgedünnt werden, dass am Ende nur noch diejenigen übrig sind, die den Einsatz der 40mm Wuchtmunition rechtfertigen.

Insgesamt betrachtet sind die Wirkung und die Gefährdung, die von den modernen nichttödlichen Einsatzmitteln ausgehen, nicht mehr mit denen zu vergleichen, die den Untersuchungen, die in vielen Ländern im Rahmen der Unruhen der 70er Jahre durchgeführt wurden, zugrunde liegen. Viele unserer Nachbarn in Europa, die sich damals, wie Deutschland auch, gegen den Einsatz von Distanzmitteln entschieden haben, befinden sich gerade im Prozess der Einführung der neuen Generationen von Wuchtmunition, da diese nun endlich das leisten, was man sich damals gewünscht hätte. Frankreich beschafft z. B. gerade eine große Anzahl 40mm-Werfer für nichttödliche Munitionen, die im Streifendienst der Polizei ihre Verwendung finden sollen. Erste Einsatzerprobungen sind äußerst erfolgreich verlaufen.

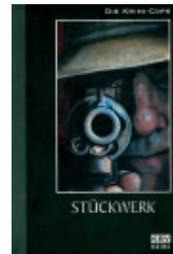
Uwe Petermann



Stückwerk

Zunächst haben die sechs Autoren ihren Krimi nur für die Dienststelle geschrieben. Dann allerdings kam es über eine selbst als Kriminalbuchautorin tätige Bekannte eines Mitgliedes der „Krimi-Cops“ zum Kontakt mit dem KBV-Verlag. Dieser war sofort von der Rohfassung und der einzigartigen Entstehungsgeschichte des Krimis begeistert – und engagierte die „Krimi-Cops“ vom Fleck weg.

„Stückwerk“ ist etwas ganz Neues – nämlich das rasant aus der Hüfte geknallte Debüt der Düsseldorfer Polizeibeamten Stephan Engel, Ingo Hoffmann, Martin Niedergesähs, Carsten Rösler, Klaus Sticklebroeck („Fieses Foul“, KBV) und Carsten Vollmer. Die sechs echten Ermittler haben mit diesem herzerfrischenden Roman um Kriminalhauptkommissar Strullermann (Struller) und Praktikanten Jensen gemeinsam ihr erstes fiktives Werk verfasst: mit sauber konstruierter Handlung, gewitzten Dialogen, Slapstick, Spannung und einem Panoptikum lebensechter Charaktere, die manchmal direkt aus der Düsseldorfer Realität ins Buch wanderten. Außerdem im Einsatz: überwältigende Peitschenschwingerinnen, überforderte Polizeipräsidenten und überraschend korrekte Genitivkonstruktionen.



Manches erfunden, vieles echt – das ist „Stückwerk“ von den Krimi-Cops, die es übrigens nicht lassen können: Den zweiten Struller-Jensen-Roman haben

die Krimi-Cops bereits in Angriff genommen.

Stückwerk, Die Krimi-Cops, KBV-Verlag-Hildesheim, 2007, 300 Seiten, 9,50 Euro, ISBN 978-3-940077-19-6



Neues Testament für Polizeibedienstete

Mit diesem besonderen, in Europa einmaligen Buch, soll ein Beitrag zur Wertediskussion in unserem Land geleistet werden. Neben einem leicht lesbaren und gut verständlichen Bibeltext, enthält das Buch Erfahrungsberichte von Polizeibeamtinnen und -beamten in schwierigen Lebens- und Einsatzlagen. In weiteren Abschnitten gibt es neben Informationen über die Aufgaben der Polizei seelsorge in Deutschland auch praxisbezogene Hinweise für den Einsatz beim Überbringen von Todesnachrichten.



Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble und Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, ehemaliger Bayerischer Innenminister, würdigen die „Polizeibibel“ in schriftlichen Grußworten. So könne das Neue Testament eine Quelle für wichtige Denkanstöße und inneren Halt sein – nicht nur für Christen. Das Neue Testament für Polizeibedienstete ist im CPV-Verlag erschienen und für Polizeibedienstete kostenlos (Spenden zur Deckung der Unkosten ermöglichen den Neudruck der 3. Auflage).

Bestelladresse: Christliche Polizeivereinigung Geschäftsstelle Goethestr. 29, 72474 Winterlingen
E-Mail: info@cpv-online.org, www.cpv-online.org
Tel. 07434-91100 Fax: 07434-91101.